

# Schweizerzeit

*Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit*

«**Ja** zur Schweiz»

*Ein grosser Winterthurer*

2

*Taten statt Schaumschlägerei*

10

*Einst «Bannwald der Demokratie»*

15

Neuschnee in Davos  
Bild: Verena Magnani, Bülach



Jonas Furrer, ein grosser Winterthurer

# Der erste Bundespräsident der modernen Schweiz

von alt Bundesrat Christoph Blocher

hf. Vor über 1'000 Besuchern hat alt Bundesrat Christoph Blocher am Bächtelistag in der Eulachhalle in Winterthur einmal mehr grosse historische Persönlichkeiten – diesmal drei Winterthurer – gewürdigt und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz aufgezeigt: Die Gebrüder Sulzer (1806–1883 und 1809–1869) als Eisengiesser und Industriepioniere, ebenso Jonas Furrer (1805–1861) als ersten Bundespräsidenten der modernen Schweiz, und schliesslich Oskar Reinhart (1885–1965) als bedeutenden Kunstsammler und Mäzen. Die «Schweizerzeit» publiziert nachstehend Blochers politische Würdigung von Jonas Furrer in leicht gekürzter Form.

Die Stadt Winterthur hat der Schweiz bisher nicht weniger als fünf Bundesräte geschenkt. Der wichtigste ist sicher der erste, Jonas Furrer, geblieben. Als er 1848 gewählt wurde, zählte Winterthur nur 3'000 Einwohner.



Furrer als junger Mann

nicht) und dann an die Universitäten Heidelberg und Göttingen.

Zurück im Heimatkanton, wurde Jonas Furrer mit einer wichtigen Arbeit über «Das Erbrecht der Stadt Winterthur» Rechtsanwalt oder – wie man damals sagte – Kantonsfürsprech und später Doktor beider Rechte. Er zeigt auf, dass in der Stadt Winterthur seit je Töchter und Söhne zu gleichen Teilen erben, während in Zürich die Söhne bevorzugt wurden. Das Winterthurer Recht wurde schliesslich im ganzen Land massgebend.

1832 heiratete Jonas Furrer die Winterthurerin Friederike Sulzer, die Tochter eines verstorbenen Regierungsrates. Auch der Bruder der Schwiegermutter war Regierungsrat. Damit stieg der Sohn eines Schlossermeisters in gesellschaftlich höhere Kreise auf. Aus der glücklichen Ehe gingen drei Töchter und zwei Söhne hervor. Doch blieb seine Frau einfach und ohne Allüren; sie soll später noch als Frau Bundespräsidentin den Boden der Wohnung eigenhändig gescheuert haben.

Jonas Furrer erwies sich bald als ausgezeichnete Jurist mit einer immer grösseren Praxis. Die Stadt Win-

terthur war mit seinen Mandaten so zufrieden, dass sie ihn besser bezahlte, als er verlangt hatte. Er konnte gut formulieren, war gradlinig, klar und persönlich nicht verletzend, so dass ihm auch die Unterlegenen in Prozessen nicht grollten.

## Liberaler Kantonspolitiker

Mehr und mehr verlegte Jonas Furrer seine Praxis in die Kantonshauptstadt. Dies umso mehr, weil er 1834 ins Kantonsparlament und 1837 in den Erziehungsrat gewählt worden war. 1838 ernannte ihn die Universität Zürich zum Ehrendoktor.

1839 sollte der Tübinger Theologieprofessor Strauss an die Universität Zürich berufen werden, der die biblische Beschreibung von Jesus als Mythos bezeichnete. Das Volk – in seinen religiösen Gefühlen verletzt – erhob sich im Züriputsch gegen die liberale Regierung. Auch Jonas Furrer verlor vorübergehend seine Ämter und wurde wieder Anwalt und Privatmann.

## Churz & Bündig

Eine Strafaufgabe wurde der Winterthurer Stadtarchivarin Marlis Betschart aufgebremmt: Zusammen mit einer TagesAnzeiger-Redaktorin musste sie Christoph Blochers Vortrag über Winterthurer Persönlichkeiten über sich ergehen lassen und – aus Sicht der berufenen Historikerin – als «mässig» beurteilen. Aufgeschlossene Historiker, so die Stadtarchivarin, seien sich längst einig, dass es persönliche Leistung in der Geschichte nicht gebe. So sei der Sulzer-Konzern keineswegs durch die Gebrüder Sulzer zur Weltgeltung gelangt (wie dies Blocher darlegte), sondern vielmehr durch «Kräfte». Geschichte mit Bezügen zur Gegenwart verständlicher darzustellen, sei sehr problematisch – oder gar verwerflich. Zudem habe Blocher, als er Jonas Furrer als bedeutende Persönlichkeit würdigte, zu sagen unterlassen, dass Furrer ein schlechter Redner gewesen sei. Wie schlimm!



Jonas Furrer mit Familie

Doch fünf Jahre später änderte das politische Klima wieder. Die Liberalen errangen in Zürich erneut die Mehrheit, und Jonas Furrer war wieder Regierungsrat und wurde gleichzeitig zum Amtsbürgermeister, also zum Regierungspräsidenten, gewählt. Das ärgerte ihn. Er überwand aber seine Abneigung und er-

klärte dem Parlament trotzig: «So will ich es denn für möglichst kurze Zeit mit Gottes und mit Ihrer Hilfe versuchen.»

Furrer war eng befreundet mit dem 14 Jahre jüngeren Alfred Escher, dem Zürcher Wirtschaftspionier und Eisenbahnbauer. Beide drängten zur Bildung eines Bundesstaates, und Furrer streckte den Kopf über die engere Heimat hinaus. So erklärte er: «Wenn ich im Grossen Rat bin, so bin ich nicht ein Winterthurer, sondern ein Zürcher, auf der Tagsatzung aber bin ich ein Schweizer.»

Als die Schweiz im Sommer 1847 auf den Sonderbundskrieg zusteuerte, wurde es kritisch. An der Tagsatzung im Jahre 1847, präsiert vom Berner Ulrich Ochsenbein, rief Jonas Furrer dazu auf, den Bund zweckmässiger zu organisieren und beruhigte die aufgeheizte Stimmung, indem er versprach, dass die Kantone weiterbestehen bleiben würden und dass kein Einheitsstaat entstehen werde.

#### Mitbegründer des Bundesstaates

Auch sonst wirkte Furrer vor, während und nach dem Sonderbundskrieg immer wieder mässigend und verlangte ein streng rechtliches Vorgehen. Als Preussen, Österreich, Frankreich und Russland der Schweiz die Gründung eines Bundesstaates verbieten wollten, antwortete Jonas Furrer für das ganze Land an die Adresse dieser europäischen Grossstaaten sachlich und besonnen, aber fest:

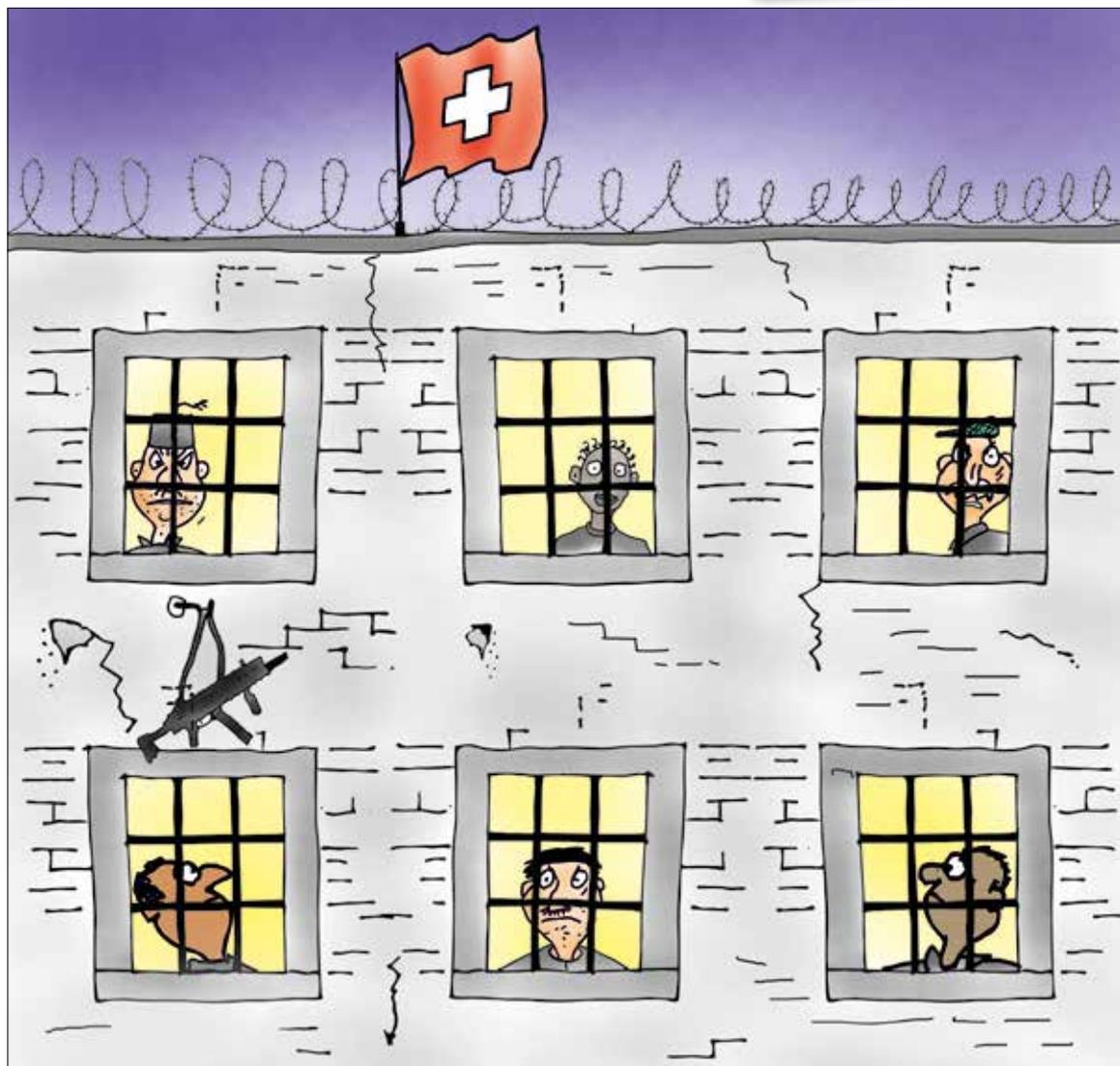
«Die unabhängige Schweiz wird sich weiterhin selber regieren.» Sie sei selbstbestimmt und neutral. Wie sie ihre inneren Angelegenheiten regle – so Furrer wörtlich – «kann nicht Sache anderer Staaten sein.»

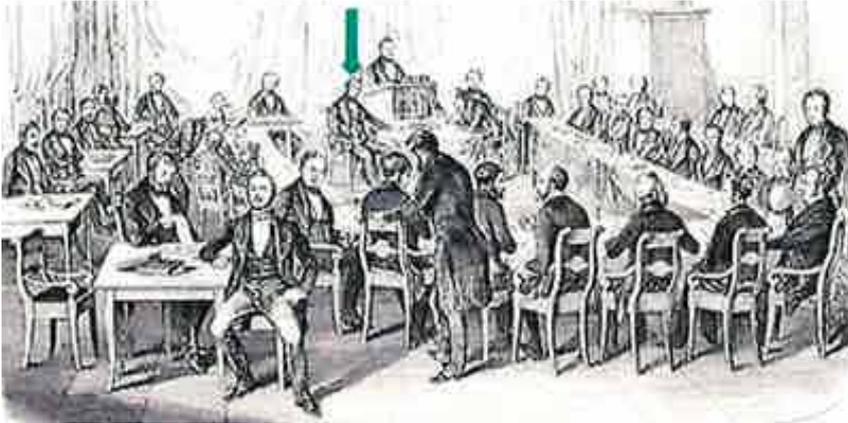
Wo sind solche Töne heute? Ich denke an die schweizerischen Politiker, die mit dem vorgesehenen Rahmenvertrag das Selbstbestimmungsrecht der Schweizer missachten!

Fortsetzung auf Seite 4

Sie werden allesamt als «Härtefall» anerkannt – und bleiben in der Schweiz!

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl





Tagsatzung 1847. Ochsenbein am Rednerpult, neben ihm Jonas Furrer

Bei der Ausarbeitung der neuen Bundesverfassung spielte Furrer eine überragende Rolle. Er ergriff 128 mal das Wort und pochte immer wieder darauf, dass die praktischen Auswirkungen der neuen Verfassung bedacht würden. Im Zürcher Parlament sprachen sich die Radikalen, Liberalen und Konservativen einstimmig für die neue Verfassung aus. Die NZZ schrieb: «Für Herrn Dr. Furrer, den tätigen, einsichtsvollen Mitarbeiter an dem neuen Werke, muss der heutige Tag ein besonders freudiger, ein erhebender sein.»

In seinem beleuchtenden Bericht an die Stimmberechtigten betonte Jonas Furrer, dass diese Verfassung «rein

ist von jedem fremden Einfluss.» Man dürfe mit Stolz sagen: «Wir sind das einzige Volk in Europa, welches in dieser sturmbelegten Zeit in Ruhe und Frieden und auf dem gesetzlichen Weg das schwierige Werk seiner politischen Umgestaltung durchgeführt hat.» Die Zürcher hiessen die Bundesverfassung von 1848 mit 91 Prozent Ja gut – das war das Werk des grossen Einigers Jonas Furrer. Und diese Schöpfung sollte sich als eine der erfolgreichsten Staatsverfassungen der ganzen Weltgeschichte herausstellen.

Am 16. November 1848 wurde Jonas Furrer in einer stürmischen Sitzung vom neuen National- und Ständerat in den ersten Bundesrat der Eidgenossenschaft gewählt, am gleichen Tag auch zum ersten Bundespräsidenten. Obwohl die Wahlen alles andere als harmonisch verliefen, wurde dieser erste Bundesrat später als einer der einheitlichsten, harmonischsten in der Geschichte bezeichnet. Furrer zögerte lange und zog schliesslich nur «unter Tränen» nach Bern.

#### Vierfacher Bundespräsident

Jonas Furrer übernahm das Justizdepartement, amtierte aber auch viermal als Bundespräsident. Damals war das verbunden mit der Übernahme des Depar-



Schweizerhaus  
Maloja  
1815m ü.M.



Hotel Schweizerhaus, 7516 Maloja  
www.schweizerhaus.swiss  
reservation@schweizerhaus.swiss  
Tel. 081 838 28 28

Sonnenterrasse  
Restaurant Orsini

Grilladen vom Holzkohlengrill  
Gepflegt speisen (regionale und internationale Spezialitäten)  
Fondues in allen Variationen

Engadiner Stübli

Kutscher Bar  
Weinkeller

Feinste Cocktails  
über 300 verschiedene Weine  
wöchentliche Degustation  
individuelle, renovierte Hotelzimmer

Hotelzimmer

Unser Partnerhotel Metropol in Basel  
www.metropol-basel.ch

10% Rabatt auf Direktbuchungen!  
Einfach auf dieses Inserat beziehen.  
Nicht kumulierbar mit anderen Spezialangeboten.

Urchig traditionell – modern trendig!  
Eigentlich widersprüchlich und trotzdem im Einklang.



tements des Äusseren, heute EDA genannt. Überlegt, konsequent, aber auch diplomatisch, begegnet er allen Druckversuchen von aussen auf den jungen Bundesstaat. Das grösste Verdienst hatte Jonas Furrer um die junge, noch ungefestigte Schweiz, indem er die noch nicht erprobte Bundesverfassung fest durch die gefährlichen Anfangsklappen steuerte. Er blieb unerschrocken auf Kurs und liess sich von seiner Überzeugung für Freiheit, Unabhängigkeit und Marktwirtschaft nicht abbringen.

Furrer war ein unbedingter Anhänger des Rechtsstaats und bezeichnete sich nun selber als «liberal-konservativ». Vielleicht begreifen heute die Eidgenossen, warum die SVP die liberal-konservative Partei ist. Furrer bremste die Berner Feuerköpfe, die Frankreich und Savoyen am liebsten den Krieg erklärt hätten. Auch gesetzgeberisch leistete Furrer in dieser Anfangszeit Enormes, litt aber zusehends unter der Arbeitslast.

Er wohnte mit seiner grossen Familie im schönen Haus «La Villette» an der Berner Laupenstrasse, führte aber einen sehr einfachen Haushalt. Einem Freund, der erstaunt fragte, wo denn das helfende Personal sei, antwortete Furrer: «Die guten Leute wissen nicht, dass der Bundespräsident aus seiner Besoldung nicht einen einzigen männlichen Bedienten zu halten vermag.»

#### Früher Tod

Was für ihn die gut zehn Jahre als Bundesrat in Bern einigermaßen erträglich machte, war das schöne Familienleben. Seine Frau sorgte für ein gastliches Haus, das auch die fünf Kinder mit Leben füllten. Kam er zu Besuch nach Winterthur, verbreitete sich die Kunde von seiner Anwesenheit wie ein Lauffeuer in der Stadt, und Unzählige wollten ihn sehen und sprechen.

Mehr und mehr belastete Furrer aber ein schweres Nierenleiden. 1861 begab er sich zur Kur in Bad Ragaz, wo sich eine Lungenentzündung hinzugesellte. Im Sommer 1861 verstarb Bundesrat Jonas Furrer dort im Alter von erst 56 Jahren. Unser Land hat dieser grossen Persönlichkeit enorm viel zu verdanken.

*Christoph Blocher*



## Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.  
Jederzeit und unkompliziert.

**Markus Rezzonico**  
Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied

**Mobile: 079 332 61 61**  
[markus.rezzonico@dietschi.ch](mailto:markus.rezzonico@dietschi.ch)

## Machtfrage «Schutzbedürftigkeit»



Sie entstand vor über zwanzig Jahren, die Rassismus-Strafnorm: Wer sich gegen jemanden «rassendiskriminierend» äussert, macht sich seither strafbar. Seit es die Strafnorm gibt, beschäftigt sie Heerscharen von Juristen und Journalisten. Zu Verurteilungen kam es freilich nur selten.

Nun soll sie ausgedehnt werden. Einfach so. Auch Homosexuelle, auch Lesben und anderswie speziell Orientierte sollen besonderen Rassismus-Schutz geniessen.

Unglaublich diese schindluderische Ausdehnung von angeblichem «Recht». Wer wird als nächster als Rassist gebrandmarkt? Der Fleischesser? Der Autofahrer? Der Rothhaarige? Der Plattfüssige?

Was ist das für ein Rechtsstaat, in dem die rechtsetzende Autorität, also das Parlament, eine Rechtsbestimmung mir nichts, dir nichts einfach ausdehnen kann, gegen andere einzusetzen bereit ist, sobald bestimmte Interessenverbände machtvoll Anklagen formulieren? Wer sich als Betroffener von irgend etwas mächtig genug wähnt, kann Mitbürger, die geltendes Recht bisher immer beachtet haben, plötzlich vernichtend diffamieren. Der Staat verhilft dem Ankläger zu einem Status, der besonderen Schutz verdiene.

Rechtsbiegung je nach im Medienwind schwankender Wetterfahne: Wo solches geschieht, ist der Rechtsstaat am Ende, wird dem Willkürstaat, dem Fertigmacherstaat, Tür und Tor geöffnet.

Die Eidgenössischen Räte gaben dazu grünes Licht. Immerhin wurde dagegen das Referendum ergriffen. Diejenigen, die das Referendum (Bogen liegen der heutigen «Schweizerzeit» bei) starteten, werden die ersten Opfer der neuen Willkür-Ordnung sein. Diffamierende Schelte ist ihnen sicher: Sie treten der Verluderung des Rechtsstaates entgegen und werden deshalb als homophob, als Hassler gleichgeschlechtlicher Orientierung gebrandmarkt werden.

Übrigens: Indem Einzelne sich besonderen Schutz durch den Staat sichern, bleiben andere, die Gleiches nicht mit gleicher Macht zu fordern imstande sind, als weniger Schutzbedürftige zurück.

Haben die Marktschreier egoistischer Schutzbedürftigkeit übersehen, dass zum Beispiel behinderte Kinder auf diese Weise als weniger schutzbedürftig hintenangelassen werden? Wie beschämend!

*Ulrich Schliuer*

Spalte  
rechts

## Es sagte... — Wettbewerb

Auf welche Persönlichkeit geht folgende Aussage zurück?

**<<DENK ICH AN DEUTSCHLAND IN DER NACHT, SO BIN ICH UM DEN SCHLAF GEBRACHT>>.**

- A** Friedrich Schiller, deutscher Dichter, 1759–1805
- B** Napoleon Bonaparte, Kaiser der Franzosen, 1769–1821
- C** Heinrich Heine, deutscher Dichter, 1797–1856
- D** Angela Merkel, Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, \*1954

Ihre Antwort senden Sie bis spätestens am 18. Januar 2019 an die «Schweizerzeit»:

E-Mail: info@schweizerzeit.ch Fax: 052 301 31 03  
Post: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach

Die richtige Antwort lesen Sie in der SZ Nr. 2/2019 vom 25. Januar 2019

Ihr Partner bei

## FIRMENGRÜNDUNG

Wir beraten Sie gerne und zeigen Ihnen die betrieblichen und steuerrechtlichen Vor- und Nachteile der einzelnen Gesellschaftsformen (Aktiengesellschaft, GmbH oder Einzelfirma)

- Buchhaltungen
- Steuerberatung
- Jahresabschlüsse
- Revisionen
- Personaladministration
- Vermögensverwaltung
- Unternehmensberatung
- Gesellschaftsgründungen



FIDURA TREUHAND AG  
Gotthardstrasse 20, CH-6300 Zug  
Tel. +41 41 711 79 32, www.fidura.ch

Geschäftsleitung:  
Dr. Hans Durrer, Verwaltungsrat  
Roland Arnold, Eidg. dipl. Treuhandexperte



## Das Büro Ha deckt auf!



Davon ist nichts zu hören im Lande vor den Alpen: Nur 27 Prozent der Ostdeutschen und 43 Prozent der Westdeutschen haben überhaupt noch Vertrauen in die deutsche Presse. Und beim «Vertrauen» in den Bundestag und die Regierung Merkel sind die Zahlen etwa gleich tief.

Die Ausgrenzung und völlige Missachtung der AfD wird sich rächen. Die Bundestags-Mitglieder haben querbeet die Anweisung, dass bei Reden von AfD-Mitgliedern nicht geklatscht werden darf und dass mit ihnen privat nicht geredet werden soll. Das hatten wir doch schon einmal – in der DDR! Frau Merkel kennt sich da aus. Die AfD fordert im übrigen Volksentscheide nach Schweizer Modell, Eigenständigkeit ausserhalb der EU, sowie mehr Volkssouveränität.

\*

Angela Merkel ist von allen guten Geistern verlassen. Sinan Selen, 46 Jahre alt, türkischer Einwanderer, wird per sofort für das zweithöchste Amt im Inlandnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz, ernannt.

Er ist der erste Muslim, der eine Spitzenposition bekleiden und Nachfolger von Hans-Georg Maassen wird, der von Frau Merkel gefeuert wurde. Seit 2011 ist er Chef der Anti-Terrorabteilung des Innenministeriums. Es werden ihm beste Verbindungen zu Erdogan nachgesagt. Der Bückling feiert Urständ. Düstere Aussichten.

\*

Uno-Botschafter Jürg Laube war seit Mai 2017 führend mit der «Erarbeitung» des Uno-Migrationspaktes beschäftigt. Die Botschafter-Gehälter sind im Internet einsehbar. Die NZZ hat ein einziges Mal von diesem angeblichen «Erfolg der Schweizer Diplomatie» berichtet. Seit dem Proteststurm bleibt die NZZ erstaunlich ruhig.

Wir listen einige «Forderungen» aus dem irren Dokument auf: Diskriminierungsfreier Zugang für Migranten zu allen Sozialleistungen; unabhängige Rechtsvertretung; vergünstigter Geldtransfer ins Heimatland; Familiennachzug ohne Berücksichtigung der Integrationsstufe; keine Einschränkung von NGOs in ihren Aktivitäten. Damit wäre also die Einladung zur endgültigen Plünderung aller Sozialwerke und öffentlichen Kassen definitiv ausgesprochen. Der ahnungslos-dümmliche Bundesrat lässt sich (wieder) erpressen. Wie dies bereits bei der EU-Kohäsions-Milliarde der Fall war. Beim schwächsten Bundesrat aller Zeiten erstaunt das allerdings nicht.

Tis Hagmann

Selbsterfüllende Lügengebäude

# Relotius und die Märchenpresse

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Der Journalist Relotius schrieb nach dem Gusto der Mächtigen, er war ein Hohepriester der politischen Korrektheit. Dafür wurde er mit Medienpreisen überhäuft.



Relotius lieferte, was die Mächtigen lesen wollten, in Deutschland war er die Migrationsmärchentante schlechthin. In «Königskinder» fabulierte er über arme syrische Waisenkinder, die von Angela Merkel träumen – die eingehenden Spenden steckte er dann allerdings selber ein. Ging es um «Flüchtlinge», gab es nur

Lobeshymnen: «Sie sind Beraterinnen und Künstler, Publizistinnen und Politiker, gründen Vereine, engagieren sich in Parteien». Die Familie der Muatis, aus Syrien geflüchtet, steht symbolisch für solch kafkaeske Überhöhung: «Sie lieben Regeln, Regen, Rasenmähen. Sie möchten deutscher sein als viele Deutsche». Der Vater reiht ein unbezahltes Praktikum ans andere, an vier Tagen geht er pro Woche zum Sprachkurs und schaut deutsche Kochsendungen. Natürlich steht er jeden Morgen um sechs auf und macht Frühstück für Frau und Kinder, denn er «will Deutschland etwas zurückgeben». Wäre die Familie Muati bei der AfD, sie würde aus jedem Kino vertrieben, so Deutsch ist sie.

## Urbane Legende der Geldfinder-Flüchtlinge

Oder da ist Abdulla, natürlich «Installateur für Elektrotechnik». In seiner Heimat hat er hart gearbeitet und seine eigene kleine Firma aufgebaut. Obwohl bitterarm, gibt er 1'000 gefundene Euro sofort ab und verzichtet auf Finderlohn, denn «Da, wo ich herkomme», sagt er, «ist man nicht ehrlich, um eine Belohnung zu bekommen, sondern um ein guter und gerechter Mensch zu sein.» Ob Relotius – der sogar gefälschte Webseiten aufgeschaltet hatte, um seine Lügen zu stützen – auch diese Geschichte selbst inszeniert hat, ist unklar. Je-

denfalls hat er damit eine urbanes Klischee geschaffen, das seither in immer neuen Varianten durch die Medien geistert: «Tugendhafter Flüchtling findet Geld.»

## Ohne Schuhe und ohne Wasser durch die Wüste

Noch klischeehafter sind die Bösen in «Jaegers Grenze»: Sie jagen Männer aus Guatemala durch die Dunkelheit, bis diese zusammenbrechen oder lassen arme Frauen aus Mexiko nächtelang in den Bergen frieren, bevor sie sie der Grenzpolizei übergeben. Nicht einmal beim Teenager aus El Salvador kennen sie Gnade. Sie lassen «den Jungen zur Strafe einfach wieder zurücklaufen, ohne Schuhe und ohne Wasser durch die Wüste». Alles Fake.

## Der deutsche Versager

In der Welt des wertorientierten Journalismus sind konservative Menschen entweder Idioten, Sadisten – oder dann unbrauchbare Waschlapen. Da ist beispielsweise Enrico P., der in Bad Segeberg eine rechte Demo veranstalten will. Dass dies nicht klappen wird, sieht man bereits an seiner Vita: Rechts ist er, seit ihn seine türkische Freundin verlassen hat, seither geht es abwärts: «Enrico begann zu trinken, liess sich auf kriminelle Geschäfte ein». Nicht einmal zwei Demonstranten kann der unbrauchbare Enrico organisieren, und deshalb ahnt er, «dass er verloren hatte». Und vor rechten Untaten, die nie stattgefunden haben, warnte bei Relotius eine Nazi-Widerstandskämpferin mit eindringlichen Worten (die sie nie gesagt hatte). So perpetuiert sich ein Lügengebäude.

Zweck der preisgekrönten Lügengeschichten war es, Kritiker der Lächerlichkeit preiszugeben. Dass sich das inskünftig ändert, ist nicht zu erwarten.

Hermann Lei



**safe4u**  
ALARMANLAGEN  
MADE IN GERMANY





[www.safe4u.ch](http://www.safe4u.ch)  
**Wir beraten Sie gerne:**  
[alexander.haring@safe4u.ch](mailto:alexander.haring@safe4u.ch)  
[christoph.ziegler@safe4u.ch](mailto:christoph.ziegler@safe4u.ch)



**Alexander Haring**  
079 / 822 93 75



**Christoph Ziegler**  
076 / 389 02 15

**Die Revolution im Einbruchschutz**



**Einfach. Rundum. Sicher.**

## Leserbriefe

### Kein Grund zur Beunruhigung

In den Medien (u.a. «Beobachter» 26/2018) wird der von sich sehr eingenommenen Genossin Tamara Funicello aus unerfindlichen Gründen viel Raum gewährt, damit sie ihre Weltanschauung zum Besten geben kann. Im Artikel heisst es dann: «Ich will die Welt verändern und nicht über Velospuren diskutieren.» Die Probleme der gewöhnlichen Leute interessieren sie nicht. Damit gibt es für uns auch keinen Grund zur Beunruhigung. Wenn jemand derart abgehoben in die Politik einsteigt und sich in widerlicher Weise über die Bürgeranliegen im Alltag lustig macht, dann ist bereits dafür gesorgt, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

*Hans-Peter Köhli, Zürich*

### Rahmenvertrag notwendig?

Besten Dank an Beat Kappeler für seine Darlegungen («Schweizerzeit» 24/2018), die endlich Licht in diesen Kolonialvertrag bringen. Allerdings macht er kaum Aussagen zu den Folgekosten. Mit dem «Brexit» muss Grossbritannien offenbar 22'000 Gesetze mit der EU «auflösen». Was heisst das für die Schweiz im Blick auf den Kolonialvertrag? Können wir darüber abstimmen, oder muss das Referendum ergriffen werden? Eine ausführliche Analyse mit Folgekosten ist nötig. Fremde Richter und eine automatische («dynamische») Rechtsübernahme dürfen wir auf keinen Fall akzeptieren. Alle Fakten gehören auf den Tisch.

*Rainer Selk, Buchs*

### Mögliche Wahrheiten zum Klimawandel

Vor zig Millionen Jahren wurde die Welt erschaffen von einer Macht, über die seither gerätselt wird. Religionen und Freidenker streiten über ihre Thesen. Kriege, Machtgier und Ungerechtigkeiten verursachen weltweit grenzenloses Leid. Nun könnte es sein, dass diese Macht die Welt wieder abschaffen will – indem sie sie «heisser» macht. Unsere studierten Forscher und Forscherinnen suchen nun krampfhaft nach Gründen für die Erwärmung. Da preist sich das CO<sub>2</sub> als Ursache an, welches u.a. durch den Ausstoss von Abgasen entsteht. Verantwortlich dafür sind insbesondere Autos, Flugzeuge und Schiffe. Aber auf Autofahren, Fliegen und Kreuzschifffahrten will niemand verzichten. Zu sehr hat sich der moderne Mensch daran gewöhnt, und so versucht er, das Problem aus der Welt zu schaffen, indem er diese angenehmen Gewohnheiten verteuert. Eines Tages wird der Streit ein Ende haben, nämlich dann, wenn auch unsere gescheitesten Bürgerinnen und Bürger am Ende ihrer Weisheit angekommen sein werden.

*Marlies Mettler, Eschlikon*

### Sind 6-spurige Autobahnen die Lösung?

Nur mit noch mehr Staustunden können wir die Hintersten und Letzten davon überzeugen, dass es so mit

der masslosen Zuwanderung (und Mobilität) nicht weiter gehen kann.

*Alex Schneider, Küttigen*

### Belogen und getäuscht

Im Vorfeld der Selbstbestimmungs-Initiative wurde das Volk belogen und getäuscht. Darum muss diese Abstimmung annulliert werden. Und es muss aufgeklärt werden, wieviel Geld aus dem Ausland in die Lügenpropaganda der Demokratie-Gegner geflossen ist – beispielsweise in die Marionettenorganisation «Operation Libero». Ich danke der «Schweizerzeit» für ihren Kampf für die echte Demokratie.

*Josef von Reding, Kaisten*

### Volksentscheid über den Migrationspakt

Der Migrationspakt ist zu wichtig, als dass der Entscheid vom Parlament gefällt werden kann. Weil bei einem JA der Steuerzahler zu Kasse gebeten würde, muss das Volk entscheiden können. Neben der finanziellen Seite ist auch die Frage erstrangig, welche Folgen für den religiösen Frieden, für unsere Sicherheit und unsere Freiheit zu erwarten sind. Schon jetzt zeichnet sich eine Verarmung Europas ab, ganz zu schweigen von der Kriminalität in den Ballungszentren mit ihren «no go areas». Im Zentrum muss deshalb die Frage stehen: Was hinterlassen wir unsern Kindern und Kindeskindern mit dem Migrationspakt? Und: Wer hat sich da wem anzupassen?

*Heinz Oswald, Gräslikon*

### Stopp dem Abbau der direkten Demokratie

Während in Frankreich die «Gilets Jaunes» das Selbstbestimmungsrecht der Bürger fordern, bauen wir in der Schweiz unsere direkte Demokratie ab. Wir wissen offenbar nicht, welches Glück wir mit unseren einzigartigen Volksrechten haben. Erste Folgen der Ablehnung der Selbstbestimmungsinitiative tauchen bereits auf: Bundesräte und gewisse Parlamentarier wollen verhindern, dass der Migrationspakt dem Referendum unterstellt wird. Unsere direkte Demokratie wird scheibenweise zurückgefahren, wie es die EU und Economiesuisse wollen.

*Pedro Reiser, Zürich*

### Gravierende Folgen der EU-Waffenrichtlinie

Wird die EU-Waffenrichtlinie umgesetzt, so werden unsere Ordonnanzwaffen, die Sturmgewehre 90 und 57, der Kategorie A „verbotene Waffen“ zugeteilt. Wer eine solche Waffe erwerben oder besitzen will, muss unter Kostenfolge eine kantonale Ausnahmegewilligung beantragen, einen Bedürfnisnachweis erbringen und die Waffe (auch beim Erwerb vor dem 31.12.2008) nachregistrieren lassen. Werden diese Auflagen nicht erfüllt, so wird der Besitzer enteignet. Wird die Ausnahmegewilligung abgelehnt, bekommt der Antragsteller einen Eintrag ins Schengener Informationssystem – und wird somit schlechter behandelt als potenzielle Straftäter in der Schweiz. So weit haben wir's im Lande Tells gebracht. Darum muss das Waffengesetz (voraussichtlich am 19. Mai) unbedingt abgelehnt werden.

*Werner Salzmann, Nationalrat/BE*

## Liebes Jahr 2019...



... was wirst Du uns an Überraschungen der angenehmen oder weniger angenehmen Art wohl bringen? Wird im Blick auf das politische Geschehen die Freude überwiegen oder der Frust? Die Frage ist berechtigt. Blicke ich nämlich zurück auf politische Gegebenheiten des Jahres 2018, so mache ich mich auf mancherlei gefasst.

Einige authentische Beispiele:

Die russischen Agenten und Attentäter Alexander Petrov und Ruslan Poshirov bereiteten ihr Attentat von Salisbury monatelang in Genf vor, ohne dass unser Inlandgeheimdienst etwas mitbekam. Dies im Gegensatz zu den Geheimdiensten mehrerer Europastaaten, deren Warnungen man aber negierte. Auf welcher Couch politischer Lethargie und beruflichen Desinteresses ist man da wohl eingeschlummert?

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, ein harter Kritiker der Schweiz, taumelte sturzbetrunken seinen Ratskollegen in die Arme. Mit Videoaufnahmen zum Vorfall konfrontiert, gab er an, ein eingeklemmter Ischias-Nerv

habe ihn taumeln lassen. Soviel zur Wahrheitsbereitschaft hochrangiger EU-Politiker, die über uns bestimmen wollen.

US-Steuerstreit: Die Schweiz liefert in einem beschämenden Akt unterwürfiger Willfährigkeit die Namen Tausender inländischer Banker aus – trotz Intervention des Datenschützers.

Körperliche Angriffe von Asylanten auf Schweizer Frauen werden 2018 von Schweizer Richtern durchwegs mit «Kuscheljustiz-Urteilen» honoriert. Der Ruf nach strengerer Sanktion wird mit dem Argument abgeschmettert, die EU könne dies als «latenten Rassismus» auslegen.

Ein Schweizer Journalist berichtet über einen Straftäter aus dem Balkan, dem wegen ständiger Delinquenz in der Wohngemeinde endlich die Sozialbezüge gekürzt wurden. Er wird verurteilt. Der Straftäter? Nein, der aufdeckende Journalist!

Genug der Beispiele. Liebes neues Jahr 2019: Was Du auch immer bringen wirst – wir bleiben dran!

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



## «Schweizerzeit»-Leserreise 2019



### Sizilien – Apulien – Neapel

*Auf den Spuren von Friedrich II.*

**Samstag, 27. April bis Samstag, 11. Mai 2019**

Palermo – Segesta am Monte Barbaro – Erice – Agrigent – Taormina am Fuss des Ätna – Reggio di Calabria – Capo Vaticano – Serra San Bruno – Mongiana – Crotone – Taranto – Altamura – Castel del Monte – Bari – Pompeji – Neapel

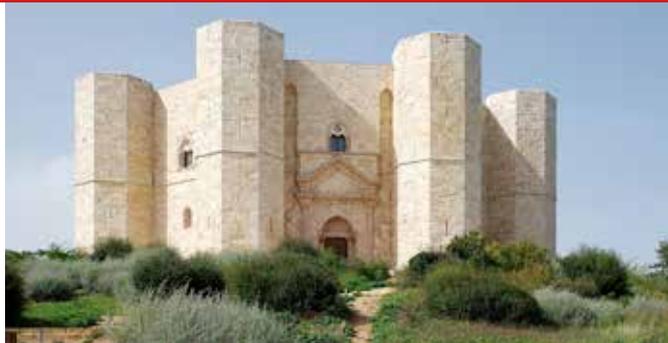
Antike und mittelalterliche Bauten – Spuren des Staufer-Kaisers Friedrich II. – Grossartige Kathedralen – Kulinarische Köstlichkeiten – Erlesene Weine – Gepflegte Hotels – Vorträge über Friedrich II. und das Römische Weltreich.

Reiseleitung: IWL-Reisen, Walter Leu, Unterstammheim

Begleitung und historische Vorträge: Ulrich Schlüer

Preis pro Person:

Im Doppelzimmer, Economy-Flug	Fr. 5'575.00
Einzelzimmer-Zuschlag	Fr. 790.00
Business-Class-Zuschlag	Fr. 325.00



«Schweizerzeit»-Leserreise nach Sizilien und Süditalien vom 27. April bis 11. Mai 2019

Bitte senden Sie mir das Detailprogramm mit Anmeldetalon

Name/Vorname: \_\_\_\_\_ Anz. Pers.: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefonnummer: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an:  
«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00 | Fax 052 301 31 03  
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Als Gewerblerin im Nationalrat

# Taten statt Schaumschlägerei

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Nationalrätin Sandra Sollberger, Bubendorf BL

Eine aktive Unternehmerin, die zusammen mit ihrem Mann einen Gewerbebetrieb führt: Das ist eine Ausnahme-Erscheinung im von Juristen dominierten Parlament. Sandra Sollberger ist eine solche Unternehmerin. Die «Schweizerzeit» hat mit der Baselbieter SVP-Politikerin das Gespräch gesucht.



«Schweizerzeit»: Frau Sollberger, was hat Sie als Unternehmerin bewogen, eine politische Laufbahn einzuschlagen?

Sandra Sollberger: Als Gewerblerin war mir das politische Geschehen bereits in meiner Heimatgemeinde wichtig. Als Parteilose wurde ich 2007 von der SVP für den Gemeinderat angefragt. Noch vor der Wahl erfolgte der Beitritt zur SVP. Dies mit dem Arbeitsmotto «Anpacken statt motzen». Da sich KMU-Gewerbler eher selten für Behördenämter bewerben, ergab sich mein Eintreten für KMU-Anliegen in unserer aufstrebenden Gemeinde von selbst.

Können Sie kurz Ihren politischen Werdegang schildern?

Dem Gemeinderat gehörte ich – zuständig für Infrastruktur und Sport – bis im Juli 2016 an. Dann trat ich, nunmehr Nationalrätin, aus Zeitgründen, nicht mehr zur Wahl an. 2011 hatte mich die SVP für den Baselbieter Landrat vorgeschlagen, und ich wurde mit einem Glanzresultat gewählt, das der SVP auch einen Sitzgewinn eintrug. Die Tätigkeit in der Bau- und Planungskommission war anspruchsvoll, für mich aber ein «Traumjob».

2015 erzielte ich bei der Wiederwahl das kantonale Bestresultat, worauf mich Nationalrat Thomas de Courten auch für die Nationalratsliste der SVP vorschlug. Während ich zögerte, war meine Familie Feuer und Flamme – überzeugt von meiner Wahlchance. Der Wahlerfolg wurde zur Herausforderung: Unser Betrieb musste umorganisiert werden. Dies gelang, weil mich mein Mann immer ohne Wenn und Aber unterstützt hat. Aber das Landratsmandat musste ich nach der Wahl aufgeben.

Sie sind Malermeisterin. Ist der Malerberuf nicht eher eine Männerdomäne?

Als ich mich 1989 als Fünfzehnjährige für eine Malerlehre entschied, gab es tatsächlich kaum Malerinnen. Von 1994 bis 1996 absolvierte ich die Meisterschule – als einzige Frau. Dort lernte ich meinen Mann kennen. Und aufgrund

einer nicht unbedingt geplanten Schwangerschaft heirateten wir 1997 – ich als Dreiundzwanzigjährige. Damit trat ich ins Geschäft meines Mannes in Bubendorf ein.

## Die Familie

Seit einundzwanzig Jahren sind wir verheiratet. Wir haben zwei Kinder. Die Arbeit stand immer im Vordergrund – erst 2018 konnten wir endlich (das verrät Sandra Sollberger lachend) unsere Hochzeitsreise nachholen.

Als die Kinder klein waren, konzentrierte ich mich fünf Jahre ganz auf meine Aufgabe als Mutter. Daneben organisierte ich überbetriebliche Kurse für Malerlehrlinge im Aargau und im Baselland, und ich unterrichtete dort auch. Ab 2002 fand dann etappenweise der Einstieg in unsere Firma statt. Seit zehn Jahre führe ich die gesamte Administration.

## Ein typischer Familienbetrieb

Beschreiben Sie bitte Ihren Betrieb.

Unser Geschäft ist ein typischer KMU-Familienbetrieb. Unsere beiden Kinder, einundzwanzig und neunzehn, sind bereits im Verwaltungsrat. Das macht Freude! Ge-gründet wurde unser Betrieb 1956. Wir beschäftigen heute vierzehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vor allem für Privatkundschaft. Unser Betrieb ist modern eingerichtet, mit eigenem Spritzwerk und eigener Mischmaschine. Wir arbeiten mit neuesten Techniken. Ständige Weiterbildung ist uns wichtig.

## Hindernisse

Zunehmende bürokratische Auflagen beanspruchen immer mehr Zeit. Auch die hochgelobte Digitalisierung setzt sich bei den KMU nur schleppend als wirkliche Arbeitserleichterung durch. Ich bin nicht gegen die Digitalisierung. Im Gegenteil, ich arbeite sogar an Pilotprojekten mit. Aber sie bringt definitiv nicht die angepriesene sofortige Erleichterung im Arbeitsalltag.

Wenn diese Entwicklung anhält, geraten insbesondere Lehrbetriebe an ihre Grenzen. Damit wird auch ihre Bereitschaft, Lehrlinge auszubilden, überstrapaziert – zumal Schulabgänger ihre Lehre heute oft mit anderer Einstellung antreten als früher: Jugendliche erwarten, dass ihnen alles geboten wird. Der Durchhaltewille sinkt – vor allem in Stadtnähe.

Was ist aus Ihrer Sicht der Grund für die immer weiter wuchernde Bürokratie?

In den öffentlichen Verwaltungen schwindet die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Keiner getraut sich, eine Bewilligung direkt zu erteilen. Es werden Gutachten und oft auch Gegengutachten verlangt. So «arbeitet» die Verwaltung stetig an ihrer eigenen Vergrösserung.

Auch wird die wachsende «Detail-Verliebtheit» der Verwaltung für KMU-Betriebe immer mehr zur Bedrohung. Das Beharren auf Spitzfindigkeiten erscheint als Machtdemonstration – und Kritik daran hat zuweilen einschneidende Konsequenzen. Sture Verfahrenshuberei in Verwaltungen hat hingegen nie Konsequenzen.

Die KMU-Betriebe werden von der Politik zwar gefeiert für ihre Wertschöpfung. Gleichzeitig verstärkt sich unser Eindruck, dass wir immer mehr zum Geldesel weltfremder linker Politiker und Verwaltungen werden.

#### Im Nationalrat

Im Nationalrat kann ich als KMU-Unternehmerin negative Folgen der Überregulierung aufzeigen und die Sicht aus der Praxis einbringen. Dabei wird klar: Produktivität und Innovation leiden. Das Prinzip, dass für jedes neue Gesetz ein altes Gesetz aufgehoben werden muss, ist leider gescheitert.

Wenn es um Bürokratieabbau geht, ist auf die Verbände nur punktuell Verlass. Auch sie verlangen nach zusätzlichen Statistiken und Erhebungen, was einen neuen Formulkrieg auslöst. Dazu kommt, dass infolge der Verrechtlichung aller Vorgänge eine «Juristensprache» zu dominieren beginnt, welche die Praktiker immer weniger verstehen. Statt der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu dienen, bewirken die Verwaltungen oft das Gegenteil.

#### Im SVP-Führungsorgan

*Sie sind seit März 2018 Mitglied des Parteileitungs-Ausschusses, also des obersten operativen Organs der SVP. Was ist dort Ihre Aufgabe?*

Ich setze mich vor allem für Gewerbeanliegen und KMU-Lösungen ein. Ausserdem sitze ich im Wahlkampfkomitee für die Nordwestschweiz. Ich pflege einen intensiven Kontakt mit der Basis sowie mit unseren kantonalen Parlamentariern und koordiniere Vorstösse und Initiativen.

Häufig finden Treffen mit Jugendlichen vor der Berufswahl oder auch mit Konfirmandenklassen statt. Ich zeige ihnen auf, dass Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft unerlässlich sind für eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit. Und ich «demonstriere» ihnen an meinem eigenen Beispiel, dass auch junge Leute aus einfachen Verhältnissen in der Schweiz alle Chancen haben, wenn sie sich anstrengen. Oft werde ich danach von den Schulkassen oder Jugendgruppen im Bundeshaus besucht.

#### Problemlösungen statt Schaumschlägerei

*Sie gehören nicht zu jenen Parlamentariern, die laufend Vorstösse einreichen und in die Medien drängen. Wie machen Sie die Öffentlichkeit auf Ihre politische Arbeit aufmerksam?*

Ich kann tatsächlich nicht unendlich Zeit für Medienbearbeitung aufwenden. Schaumschlägerei liegt mir nicht. Die Familie, das Geschäft, die praktische Arbeit im Parlament gehen vor. Ein Beispiel: Die Mehrwertsteuer-Abrechnungen müssen meines Erachtens online erfolgen können. Statt eines parlamentarischen Vorstosses habe ich das direkte Gespräch mit dem Chef der Steuerverwaltung gesucht. Und ich habe mein Ziel erreicht – ohne aufgebauchten Medienwirbel. Problemlösungen sind mir wichtiger als Titelseitenstorys.

\*

*Nehmen Sie bitte zu den folgenden Stichworten kurz Stellung:*

#### Personenfreizügigkeit

Baselland ist davon stark betroffen. Der Personenfreizügigkeitsvertrag muss, wie das der Souverän in der Abstimmung gegen die Masseneinwanderung entschieden hat, überarbeitet oder gekündigt werden.

#### Sozialhilfe

Das ist eine Zeitbombe – und die Zündschnur wird immer kürzer. Immerhin sehe ich, dass Politiker und Bürger erwachen und Gegenmassnahmen treffen. Meiner Unterstützung können sie dabei sicher sein.

#### Wirtschaftsfreiheit

Die Wirtschaftsfreiheit ist klar in die Defensive geraten – trotz bürgerlicher Mehrheit. Insbesondere auf die FDP ist wenig Verlass, wenn es um Wirtschaftsfreiheit geht.

#### Belastung durch Steuern, Gebühren und Abgaben

Diese ist definitiv zu hoch. Eine Trendumkehr ist dringend nötig. Sonst verlieren wir unseren wirtschaftlichen Spitzenplatz.

*Frau Sollberger, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.*

*Das Interview mit Sandra Sollberger führte Ulrich Schlier.*

Gesellschaft für ein freihetliches Waffenrecht  
Société pour un droit libéral sur les armes  
Società per un diritto liberale sulle armi

**Freiheitliche Schweiz,  
EU-Entwaffnungsdiktat?  
Nein, niemals, nirgendwann!**

**Geint sind wir stark.**  
Jetzt Referendum  
unterschreiben!

[EU-Diktat-nein.ch](http://EU-Diktat-nein.ch)



**PROTELL**



**Nein** zum  
Entwaffnungs-  
Diktat der EU

Zur Lage der Europäischen Union

# Junckers Schwanengesang

von Hans Kaufmann, alt Nationalrat, Wettswil a. A. ZH

Kürzlich hat der 2019 abtretende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine letzte Lageanalyse der EU präsentiert. Der erste Satz seiner Rede könnte sich als Zukunftsvision für die EU erweisen: «Manchmal nimmt die Geschichte diskret und gemessenen Schrittes ihren Lauf, bevor sie dann doch recht rasch zu Ende geht.»



Bei seinem Amtsantritt am 22. Oktober 2014 verkündete Juncker: «Ich glaube, dass diese Kommission die Kommission der letzten Chance ist. Entweder gelingt es uns, die europäischen Bürger näher an Europa heranzuführen, oder wir scheitern.» Rückblickend müsste er eigentlich eingestehen, dass viele Bürger zur Brüsseler Polit-Elite noch stärker auf Distanz gegangen sind. Die

EU ist instabiler und zerstrittener als je zuvor. Dennoch versucht Juncker einmal mehr, die EU als grosse Erfolgsgeschichte aufzutischen.

Juncker tut so, als gäbe es keinen Brexit und keine neue Regierung in Italien, die mit der Drohung eines Euro- bzw. EU-Austritts eine umfassende EU-Reform mit einer Abkehr vom Spardiktat erpressen will. In der

Flüchtlingsfrage herrscht weder über das Ausmass der verkrachtbaren Kontingente noch über die Verteilung in die einzelnen EU-Länder Einigkeit. Zudem haben die Zentrifugalkräfte – weg vom Brüsseler Zentralismus, hin in Richtung Nationalstaaten – klar an Stärke gewonnen.

Uneinigkeit herrscht auch bezüglich der Sanktionen gegen Russland, Venezuela und den Iran und bezüglich Waffenlieferungen in die Türkei, nach Weissrussland und in Kriegsgebiete des Nahen Ostens. Selbst in der Klimapolitik fährt jedes Land seinen eigenen Kurs. Und schliesslich sind da auch noch die Luftschlösser des französischen Präsidenten Macron, der den EU-Haushalt kräftig aufstocken will, um nationale Aufgaben zu zentralisieren und sie damit den nationalen Parlamenten zu entziehen. Diese Pläne stossen in Deutschland und in den EU-Ostländern auf strikte Ablehnung.

## Schönrednereien

Auch die «Fortschritte bei der Wirtschaftslage» werden schöngeredet. Juncker betont, dass in der EU mit 238,9 Millionen Beschäftigten noch nie derart viele einen Job gehabt hätten. Seit der Amtsübernahme der Juncker-Kommission im vierten Quartal 2014 habe die Zahl der Beschäftigten um 5,1 Prozent bzw. um 11,6 Millionen zugenommen. Aussagekräftiger dürfte der Vergleich mit dem Vorkrisenhoch sein. Bei dieser Gegenüberstellung liegt die Schweiz mit einem Plus von 7,9 Prozent knapp vor den USA (7,6 Prozent), während die EU nur 3,1 Prozent mehr Beschäftigte zählt.

Dass das vermeintliche «Juncker-Wirtschaftswunder» auf Kosten der Sparer und Altersvorsorge-Einrichtungen geht, welche wegen der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank EZB keine oder negative Erträge erwirtschafteten, wird von Juncker ausgeblendet. Auch die verbesserte finanzielle Lage der Staaten ist kein Verdienst der Juncker-Kommission, sondern der EZB, die den EU-Regierungen mit ihrer extremen Tiefzinspolitik Milliarden an Zinsersparnissen beschert hat. Trotz der geringen Zinsbelastung nahmen die Bruttoschulden der EU während der Amtszeit Junckers erneut um 613 Milliarden Euro auf 12'592 Milliarden im 1. Quartal 2018 zu.

## Neun Schwerpunkte

In seiner Rede hat Juncker schwergewichtig die folgenden neun Themen angesprochen: Erstens die Ab-



schaffung der Zeitumstellung bereits im Jahre 2019. Ausgerechnet in dieser eigentlich sinnvollen Frage will Juncker nun aber das Subsidiaritätsprinzip hochhalten: Jedes Land soll im Alleingang über die Umstellung entscheiden. Im Weiteren verkündete Juncker die Aufstockung der europäischen Grenzschutz-Agentur Frontex bis 2020 um 1'500 auf 10'000 Beamte, und er appellierte an die Mitgliedstaaten, Wege zur legalen Migration zu schaffen.

Da die EU nicht in der Lage ist, den herbeigerufenen Flüchtlingsstrom zu stoppen und die illegalen Immigranten wieder auszuweisen, sollen diese einfach «legalisiert» werden. In den letzten fünf Jahren bis 2017 sind in der EU über vier Millionen Asylanträge gestellt worden, davon 1,645 Millionen in Deutschland (Schweiz 121'000). Im Finanzplan 2021–27 sollen die Mittel für die Migration und das Grenzmanagement von derzeit 13 Milliarden Euro auf 33 Milliarden erhöht, also fast verdreifacht werden.

#### Weitere Beitrittsländer verkraftbar

Juncker ist nach wie vor der Meinung, die EU könne weitere Beitrittsländer verkraften. Bis 2025 sollen auch Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo mit insgesamt 18 Millionen Einwohnern in die EU aufgenommen werden. Dann wird wohl auch die Zeit gekommen sein, die Stimmrechte für kleinere Länder innerhalb der EU einzuschränken, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Mehrheiten von den finanziell gesunden Nordländern zu den Armenhäuslern im Süden kippen könnte. Zudem will Juncker die Verteidigungsunion vorantreiben und das Einstimmigkeitsprinzip in der Aussenpolitik beenden. Er fordert einen europäischen Verteidigungsfonds, weil die EU mehr Verantwortung und Unabhängigkeit wolle. Die Demokratie der einzelnen Mitgliedsländer auszuhebeln und Spielregeln im Nachhinein zu ändern, gehört schon seit jeher zur Trickkiste der EU-Zentralisten.

Besonders stossend ist seine Meinung, dass auch in bestimmten Steuerfragen Entscheide mit einem qualifizierten Mehr gefällt werden können. Damit wird die Rechtssicherheit und die nationale Hoheit in Steuerfragen unterlaufen. Den EU-Nationalstaaten soll das indirekte Vetorecht in Steuerfragen entzogen werden, damit die EU ihr Ziel einer «Steuerharmonisierung» bzw. die Unterbindung des Steuerwettbewerbs einfacher umsetzen kann.

#### Wirtschafts- und Währungsunion weiter vertiefen

Ferner will Juncker die Wirtschafts- und Währungsunion «weiter vertiefen», um dem Euro international mehr Gewicht zu verleihen. Er hofft, dass dann die Zentralbanken anstelle von US-Währungsreserven inskünftig mehr Euro-Währungsreserven halten. Allerdings: Wer will schon EU-Staatsanleihen von hochverschuldeten Staaten wie Italien oder Griechenland als Währungsreserve halten?

Laut Juncker hat zudem die Stunde der europäischen Souveränität geschlagen. Nur ein geeintes Europa könne die Zahl von Arbeitsplätzen in einer offenen, vernetzten Welt erhöhen und die globale Digitalisierung meistern. Juncker befürwortet als Instrument zur Stärkung der EU-Souveränität u.a. Massnahmen, welche die demokratischen Prozesse gegen Manipulation durch Drittstaaten und private Interessen absichern sollen. Im Klartext: Er befürwortet die politische Zensur der Medien.

\*

Junckers Rede zur Lage der Union ist ein Paradebeispiel für die Konzeptlosigkeit der derzeitigen EU-Politik. Sie erinnert an die Durchhalteparolen der DDR-Führung vor dem Mauerfall. Ein Blick auf die Agenda der EU-Prioritäten bis Juni 2019 zeigt, dass die EU-Elite hauptsächlich damit beschäftigt ist, ihre eigene Macht auszubauen. Vom dringenden Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit der Schweiz ist in Junckers Rede nichts nachzulesen. Offensichtlich hat diese für die EU keine Priorität.

*Hans Kaufmann*



### Das Büro Ha deckt auf!



Zum «Wirtschaftskonzept» der SP. Schauen Sie genau hin, was die Sozialisten in ihrem «neuen Konzept zur Überwindung des Kapitalismus» planen. An allen Ecken und Enden des gesamten Wirtschaftslebens sollen wir Bürger gerupft werden. Das wollen die Sozialisten einführen: Eine Finanztransaktions-Steuer; eine Steuererhöhung auf grossen Vermögen; eine nationale Erbschaftssteuer; eine Dividenden-Besteuerung ohne Ausnahmen; eine Kapitalgewinnsteuer; ein international kompatibles Steuersystem; den AIA (automatischer Informationsaustausch) im Inland mit lückenlosen Meldungen; die Harmonisierung der Unternehmens-Steuersätze; eine neue Versicherung als Ersatz von AHV/IV/EO mit eingeschlossener Krankentaggeldversicherung für 2 Jahre; die Frühpensionierung für Langzeitarbeitslose ohne Rentenverlust. Die Krankenkassenprämien dürfen maximal zehn Prozent des verfügbaren Haushalteinkommens betragen, und man will einen 24 Wochen-Mutterschaftsurlaub.

\*

Mit General James Mattis tritt der wohl fähigste US-General seit Norman Schwarzkopf ab. Mattis war ein echter Soldat – durch und durch. Deshalb trug er den Kosenamen «toller Hund». Da er andere Überzeugungen hatte als wie sein Chef, wurde er «rausgeekelt». Oder wie er im Soldatenjargon sagte: «Ich habe die Schnauze voll». Servir et disparaître. Soldaten müssen immer das ausbaden, was die Politiker einbrocken. Sein Nachfolger (Shanahan) war bei Boeing, dem Lenkwaffenlieferanten der US-Army, in der Teppichetage. Per Zufall. Er kennt kaum die militärischen Grade.

*Tis Hagmann*

# Gefangen im Tiefzinstal

von Thorsten Polleit, Währungsspezialist, Frankfurt a. M.

Der 4. Januar 2019 markiert vermutlich eine Kehrtwende in der US-amerikanischen Zinspolitik. An diesem Tag verkündete der Vorsitzende des Offenmarktausschusses der US-Notenbank (Fed), Jerome H. Powell: «Wir sind bereit, die Geldpolitik rasch und flexibel anzupassen.»



Die Akteure auf den Finanzmärkten haben das sofort verstanden: Die US-Zentralbank sichert ihnen zu, den auf Pump finanzierten Konjunkturaufschwung und die Preissteigerungen in den Häuser- und Finanzmärkten weiterhin zu befeuern. Die Zinserhöhungen der Fed hatten das Investorenvertrauen zusehends in Zweifel gezogen.

Bereits im Sommer 2018 begannen die Kurse auf den Aktienmärkten nachzugeben. Seither hat der S&P 500 (Aktienindex, umfasst die 500 grössten börsenkotierten US-Unternehmen) etwa 15 Prozent verloren, der NASDAQ gar 23 Prozent. Der Grund: Die gestiegenen Zinsen erzwangen quasi niedrigere Notierungen. Gleichzeitig wuchsen die Sorgen, ob die Wirtschaftsexpansion – die immerhin seit fast zehn Jahren ununterbrochen andauert – weitergehen könne. Doch die Zusicherung, die Zinsen würden nicht weiter steigen, oder sie könnten bei Bedarf rasch gesenkt werden, hat die Investorengemüter wieder beruhigt.

## Problematisches «Sicherheitsnetz»

Dass die Fed ein «Sicherheitsnetz» unter die Wirtschaft und die Finanzmärkte aufspannt, ist allerdings bedenklich. Beispielsweise ermutigt die Aussicht auf weiterhin niedrige Zinsen dazu, die Schuldenwirtschaft ungehemmt fortzuführen. Der niedrig gehaltene Zins verzerrt zudem die Kapitalkosten und verleitet Unternehmen zu Fehlinvestitionen. Und in den Finanzmärkten macht sich Sorglosigkeit breit: Vor allem schlechten Schuldner wird reichlich Kredit zu sehr günstigen

Konditionen angeboten, zu Zinssätzen, die die Kreditrisiken nicht mehr abdecken.

Mit künstlich niedrig gehaltenen Zinsen und einer Crash-Versicherung kann die Wirtschafts- und Finanzmarkt-Party zwar noch eine ganze Weile andauern. Aber gleichzeitig bauen sich die entsprechenden Ungleichgewichte weiter auf. Um den Aufschwung in Gang zu halten, werden immer tiefere Zinsen nötig, und immer mehr Kredite sind erforderlich. Die Volkswirtschaft wird sprichwörtlich abhängig von der Fortführung der Tiefzinspolitik. Doch zeigt die Wirtschaftsgeschichte leidvoll auf, dass auch der längste Boom irgendwann zu Ende geht und einer Rezession weichen muss.

## Künstlicher Aufschwung mit Folgen

Und je länger der künstliche geldpolitische Aufschwung andauert hat, desto schmerzlicher wird auch die nachfolgende Krise sein bezüglich Produktionseinbruch und Arbeitslosigkeit. Es wird auch politisch immer schwieriger, eine Bereinigung der aufgelaufenen Ungleichgewichte hinzunehmen, je länger der künstliche Aufschwung andauert hat. Nicht nur in den USA, auch in den anderen Volkswirtschaften der Welt will man eine neuerliche Rezession keinesfalls zulassen. Die Kosten werden als nicht tragbar angesehen.

Weltweit ist die Verschuldung seit der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise gewaltig angestiegen: Mitte 2007 lag sie bei 205 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung, Mitte 2018 schon bei 234 Prozent. Es braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, was weiter steigende Zinsen anrichten würden: Für manchen Schuldner würde es schwierig, seinen Schuldendienst zu leisten, Banken gerieten ins Straucheln, und die Kreditpyramide käme ins Rutschen. Unter diesen Bedingungen ist eine Rückkehr zu normalen Zinsen sehr unwahrscheinlich.

## Zunehmende Krisenanfälligkeit

Anleger, die auf günstige Zinsen hoffen, werden daher wahrscheinlich enttäuscht sein: Die Volkswirtschaften sind gefangen im Tiefzinstal. So gross die Probleme im Wirtschafts- und Finanzsystem aber auch sein mögen: Einiges spricht dafür, dass der aktuelle Aufschwung 2019 weitergeht und dass auch die Aktienkurse nach der erfolgten Korrektur wieder steigen werden. Der umsichtige Anleger sollte dabei jedoch nicht vergessen, dass die Krisenanfälligkeit der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte weiter zunimmt – und dass jeder Aufschwung irgendwann zu Ende geht.

Thorsten Polleit



Die Schweizer Presselandschaft

## Einst «Bannwald der Demokratie»

Es gibt in der Deutschschweiz noch drei bedeutende Verlage für Tageszeitungen: Ringier mit Sitz in Zürich, Tamedia mit Sitz in Zürich, NZZ mit Sitz in Zürich – bezüglich Inlandberichterstattung eng verzahnt mit AZ-Medien (Aargauer Zeitung). Mehr nicht mehr. Von vielen hundert einst selbständigen Blättern haben einige als «Kopfbblätter» der drei Grossverlage wenigstens den eigenen Namen (zum Schein) behalten. Die meisten sind verschwunden.

### Einheits-Plantagen

Über tausend Redaktoren mit eigenständigen Meinungen in mehreren hundert Redaktionen – einst als «Bannwald der Demokratie» gefeiert: Das ist Vergangenheit. Übriggeblieben ist eine Plantage weniger, sorgfältig ausgerichteteter Bäume und Bäumchen in Reih und Glied.

In wichtigsten Themen – Masseneinwanderung, EU-Anbindung, Selbstbestimmungsrecht – vertreten die drei genannten Verlage stramm die gleiche, bundesberndevote Meinung. Allenfalls halten sich einige Redaktionen zur Tarnung des servierten Eintopfs einen oder zwei vom Mainstream etwas abweichenden Kolumnisten: Hofnarren des 21. Jahrhunderts.

Eine weitere Tatsache verstärkt – via Selbstzensur – die Gleichschaltung in den verbliebenen Medienhäusern: Das Aufgefressen-Werden, die Zusammenlegung, Ausdünnung und Schliessung von Redaktionen ist keineswegs zu Ende. Nachdem tausende Arbeitsstellen in Redaktionen bereits weggeputzt worden sind, bangen die in den wenigen Redaktionen Verbliebenen weiterhin um ihre berufliche Zukunft. Jeder schielt nach Alternativen, nach Auffangbecken, wenn der sich fortsetzende Konzentrationsprozess auch seine Redaktion treffen würde.

### Auffangbecken

Es gibt solche Auffangbecken. Die attraktivsten bietet Bundesbern, wo PR-Stellen von Departementen, von Bundesämtern, von Direktionen wie Pilze aus dem Bo-

den schiessen. Auch in kantonalen Verwaltungen können viele unterkommen. Die zunehmend dominante Bürokratie sucht Propagandisten – zur immer effizienteren Steuerung der veröffentlichten Meinung.

Weitere Auffangbecken bieten die Grosskonzerne mit ihren ebenfalls wachsenden PR-Abteilungen. Dazu eine Frage: Welcher Redaktor, welcher Journalist – ständig nach einer Auffangposition zum zur Ausdünnung verurteilten Pressewald Ausschau haltend – würde je ein Departement, den Exponenten einer Verwaltungsabteilung scharf kritisieren, wenn er sich gleichenorts, also in der Bundesverwaltung eine mögliche «Rückfallposition» warmhalten will für den Fall, dass weitere Redaktionsverkleinerungen ihn selber treffen würden? Wes Brot man zu essen bekommen möchte, des Hand beisst man nicht.

### Zensur droht

So wird der Medien-Eintopf in Sachen EU-Anbindung, Masseneinwanderung, Einengung der Selbstbestimmung zementiert. Nur einige wenige von Bundesbern gemiedene, manchmal auch schikanierte, nicht täglich erscheinende Magazine verbreiten Gegenpositionen. Wer Meinungsvielfalt erhalten will, muss sich an solchen Magazinen – die «Schweizerzeit» gehört dazu – orientieren.

Dies um so mehr, als neuerdings die Uno mittels Uno-Migrationspakt den Regierungen Medien-Lenkung als Pflicht auferlegen will: Kritik zur Masseneinwanderung sei zu unterbinden, Migrations-Beweihräucherung zu loben und finanziell zu fördern.

Nur im Eintopf wird Gift gegen die freie Meinungsäusserung umfassend wirksam. Damit solche Zensur-Anordnung wenigstens noch festgestellt und kritisiert werden kann, sind Magazine wie die «Schweizerzeit» unverzichtbar.

Ulrich Schlüer

Akzent



**A3-Farb-Drucker, -Kopierer, -Scanner und Fax von Brother dank MPS für 120.– statt 349.–**  
(Sie erhalten zudem eine Treueprämie von 60.–)

Weitere Angebote:

• Farblaser-Drucker A4: 69.– statt 349.– • Mono-Laser-Drucker A4: 49.– statt 319.–

mit 5 Jahren VorOrt-Garantie, MPS und fixen Kopien-Preisen von 20 Rp. farbig, 2,5 Rp. mono exkl. MWST., alles inbegriffen. Gilt nur für Firmen mit Netzwerk.

50% Rabatt auf Gross-Systeme A3. Gilt auch für die Optionen wie Finisher, Heften, Lochen, GrossraumKassette, Binden, Mailbox-Ablage.

Seitenkosten: farbig 4 Rp. mono 0,4 Rp. Wieviel bezahlen Sie jetzt?

OCotex AG - 041 799 50 00

**ZANETTI**  
**CH-7742 POSCHIAVO**  
 Telefon 081 844 09 08  
 Telefax 081 844 10 20  
 Mail: info@zanettispecialita.ch  
 www.zanettispecialita.ch

**Filiale Bahnhof Chur**  
 (nur 1 Minute vom  
 Billettschalter entfernt)  
 Telefon 081 253 60 60

Globales Finanzcasino

# «Game over»

von Ernst Wolff, Buchautor und Journalist im Bereich Wirtschaft und Finanzen, Berlin

Die Finanzwelt hat Ende 2018 einen Wendepunkt erreicht. Fast zehn Jahre lang haben die Zentralbanken das globale Finanzsystem künstlich am Leben erhalten, indem sie Billionen an Dollars, Euros, britischen Pfund, japanischen Yen und Schweizer Franken aus dem Nichts erzeugt und zu immer niedrigeren Zinsen vergeben haben.



Damit haben sie eine Entwicklung eingeleitet, die niemand vorausahnen konnte: Die Finanzmärkte haben über einen Zeitraum von 115 Monaten eine Rekordmarke nach der anderen übertroffen. Das Ganze hatte aber auch eine Schattenseite, denn die Massnahmen haben zugleich die folgenden Auswirkungen:

öffentliche Investitionen getätigt; die Infrastruktur ist weltweit zerfallen; konservative Anleger wie Versicherungen, Renten- und Pensionskassen wurden gezwungen zu spekulieren und unverhältnismässig hohe Risiken einzugehen; die Altersvorsorge wurde durch Sparen erschwert; Privathaushalte, Unternehmen und Staaten haben sich immer höher verschuldet; immer mehr Anleger mit geliehenem Geld sind in die Märkte eingestiegen; an den Finanzmärkten sind die grössten Blasen aller Zeiten entstanden – und gleichzeitig ist die soziale Ungleichheit weltweit explodiert.

Im Verhältnis zu den Finanzmärkten floss immer weniger Geld in die Realwirtschaft; das Steueraufkommen konnte wegen der im Finanzbereich intensiv praktizierten Steuervermeidung nicht mit der Geldentwicklung mithalten; es wurden immer weniger

## Weniger Geld, höhere Zinsen

Da diese Entwicklung das globale Finanzsystem inzwischen existenziell bedroht, ersetzen die Zentralbanken seit einiger Zeit ihre «lockere» durch eine

## Klimapolitik, ein gigantisches Geschäft



Kürzlich hat der emeritierte HSG-Professor Silvio Borner kritisiert, dass sich „seine“ Uni neuerdings zu «wertorientiertem Denken» bekenne. Die Wertung, so Borner, müsse am Ende erfolgen und nicht als Ausgangspunkt der Forschung. Sonst drohe diese zur subjektiven Rechtfertigung der Ausgangsposition oder zur Gefälligkeitsforschung zu verkommen.

Ist es nicht genau so in der Klimaforschung gelaufen? Zuerst kamen die normativen Vorgaben der Politik: Durch Margaret Thatcher, die mit Hilfe der Klimawissenschaftler Öl und Kohle bremsen und Kernkraftwerke fördern wollte. Dann folgte das von der Uno organisierte «Intergovernmental Panell on climate change». Vorgabe war die «Dekarbonisierung der Weltwirtschaft», also weg von Kohle und Erdöl. Geeignet hat man sich auf CO<sub>2</sub> als Klimatreiber.

In einem Video (abrufbar auf [www.youtube.com](http://www.youtube.com) unter «The global warming swindle», auch in deutscher Simultanübersetzung) erklären renommierte Klimaforscher, darunter Nobelpreisträger, Klimatreiber sei die Sonne. Der CO<sub>2</sub>-Anstieg folge dem Temperaturan-

stieg, nicht umgekehrt. Wenn das stimmt, ist die ganze CO<sub>2</sub>-fokussierte Klimapolitik ein Schwindel oder ein gigantisches politisches und kommerzielles Geschäft.

Denn die Politik kann laufend neue Klimasteuern, Vorschriften und Verbote begründen, Subventionen verteilen und Konferenztourismus betreiben. Entwicklungshilfe wird zur «Klimahilfe» und kann noch ultimativer gefordert werden. Durch künstlich erzwungenen vorzeitigen Ersatzbedarf steigt der Umsatz bei Autos, Motoren, Klimaanlage, Heizungen, Gebäudeisolationen, Staubsaugern, Haartrocknern und Containerschiffen.

Erinnert die ganze Klima-Weltuntergangshysterie nicht an den Waldsterbeschwindel? Ohne einschneidende klimapolitische Massnahmen komme es in spätestens fünfzehn Jahren zur globalen Katastrophe, warnen die grüne Nationalrätin Regula Rytz und Co. Braucht es zur weiteren Steigerung der Energieeffizienz und zur Schonung fossiler Brennstoffe wirklich die Drohung mit dem klimatisch bedingten Weltuntergang und mit Steuererhöhungen? Bereits heute sind über 50 Prozent des Benzin- und Dieselpreises steuerlich bedingt. Mir reicht das – den Gilets jaunes übrigens auch.

Markus Eckstein, Goldach

«straffere» Geldpolitik – das heisst: Sie verringern den Geldfluss und erhöhen die Zinsen.

Die FED (Federal Reserve System, sprich US-Notenbank) hat ihren Leitzins ab 2015 in mehreren vorsichtigen Schritten bis auf 2,25 Prozent angehoben, und sie bereinigt ihre auf mehr als 4,5 Billionen Dollar angewachsene Bilanz zurzeit um monatlich rund 50 Milliarden. Die Europäische Zentralbank EZB hat ihre im März 2016 begonnenen Anleihenkäufe in diesem Sommer weiter eingeschränkt und will sie ab Anfang 2019 ganz aussetzen.

### Wie ein «Drogenentzug»

Diese Umkehr in der Geldpolitik wirkt auf die Finanzmärkte allerdings wie ein Drogenentzug auf einen Süchtigen und führt daher zu einer gefährlichen Instabilität. Aber nicht nur das: Sie trifft das System auch noch zu einer Zeit, in der es ohnehin mit mannigfachen Problemen konfrontiert ist: Dem von den USA inszenierten Handelskrieg, der italienischen Bankenkrise, dem Volksaufstand in Frankreich, den Sanktionen gegen Iran, der Kapitalflucht aus den Schwellenländern sowie einer einsetzenden globalen Rezession.

Ein ungünstigeres Zusammentreffen «schwarzer Schwäne» (möglicher Auslöser für einen System-Kollaps) ist kaum vorstellbar. Sollten die Zentralbanken trotzdem an ihrer straffen Geldpolitik festhalten, so lässt sich die Entwicklung an den Finanzmärkten in drei Stadien einteilen:

1. Stadium (in dem wir uns gerade befinden): Durch den Geldentzug wird weniger spekuliert, die Kurse beginnen zu fallen. Erste Investoren, die mit geliehenem Geld in die Märkte eingestiegen sind, ziehen sich zurück, worauf die Kurse weiter nachgeben. In die Spekulation gezwungene konservative Anleger werden nervös, verkaufen und drücken die Kurse noch weiter.

2. Stadium: Der hohe Schuldenstand vieler Marktteilnehmer tritt immer deutlicher zutage, das Misstrauen wächst und führt zu immer weniger Kreditvergabe. Da Schuldner die Bedienung ihrer Schulden zunehmend schwerer fällt, müssen sie immer mehr Wertpapiere verkaufen. Das zieht einen weiteren Rückgang der Börsenkurse und noch mehr Verkäufe nach sich.

3. Stadium: Wegen der anhaltenden Abwärtsbewegung an den Börsen weiten sich die Kursverluste aus, erste Gläubiger fordern ihr Geld von den Schuldner zurück. Es kommt zu einzelnen Insolvenzen (Zahlungsunfähigkeit), denen weitere und grössere folgen. Dies macht noch mehr Gläubiger skeptisch und führt zum gefürchteten «Margin Call» – einer flächendeckenden Rückforderung von Schulden. Dadurch werden im Derivate-Bereich immer höhere

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



### Wetterprognose

Es könnte regnen oder trocken sein, dazwischen gibt's wohl etwas Sonnenschein, vielleicht wird's heiss, vielleicht auch ziemlich kalt, entscheidend ist in diesem Falle halt, wann uns das Tief von Spanien her erreicht. Vielleicht kommt eine Störung, ja, vielleicht macht gar der Barometer einen Sprung – dies alles eben je nach Witterung.

Zahlungen fällig, die sogar die Grossbanken überfordern und selbst kühl kalkulierende Börsenprofis in Panik geraten lassen. Damit wird eine nicht mehr aufzuhaltende Abwärtsspirale in Gang gesetzt.

Der gesamte Prozess ist mit dem Abgang einer Lawine vergleichbar, die sich zunächst langsam in Gang setzt, dann an Fahrt aufnimmt und schliesslich krachend alles mit sich reisst.

### «Das Spiel ist vorüber»

Noch befinden wir uns im ersten Stadium dieses Prozesses. Doch das heisst nicht, dass es nicht schon bald zum Crash kommen kann, denn in welchem Tempo sich die Dinge ereignen werden, kann niemand voraussagen. Eines aber lässt sich schon jetzt feststellen: Selbst wenn die Zentralbanken aus Angst vor dem Zusammenbruch ihre straffe Geldpolitik über Bord werfen und panikartig erneut Geld zu noch niedrigeren Zinssätzen in die Märkte pumpen sollten, werden sie nur ein zeitlich begrenztes Strohfeuer entfachen. Den endgültigen Zusammenbruch werden sie aber nicht mehr verhindern können. Die Botschaft des globalen Finanzsektors zum Jahreswechsel 2018/2019 ist eindeutig und lautet: «Das Casino schliesst seine Pforten, das Spiel ist vorüber.»

Ernst Wolff



Grüezi und herzlich willkommen bei RUVOR!

**RUVOR 24-Stunden Alarmempfangszentrale:**  
071 272 21 21

- 24-Stunden Alarminterventions-DienstControl Room
- Areal-Kontrollen Tag und Nacht
- Aussen- und Innenkontrollen
- Schliess- und Öffnungsdienste

**RUVOR MANAGEMENT AG**  
Alte Bildstrasse 5, 9015 St. Gallen

## «Auch ich bin ein Kölner»

Ein Afghane vergreift sich an einer 20-jährigen Schweizer Touristin, die sich glücklicherweise zur Wehr setzt, doch von den österreichischen Behörden «wegen Verdachts auf Körperverletzung» angezeigt wird.

Der Afghane, dem Allah die Nase zu Bruch gehen liess, weil er in der Silvesternacht am Wiener Rathausplatz im Stile eines Serientäters «gleich mehreren Frauen an den Po fasste», wurde wegen des «Verdachts der sexuellen Belästigung» angezeigt und in ein Krankenhaus gebracht. Der österreichische Steuerzahler darf durchatmen und, voll Stolz ins neue Jahr blickend, still sich zuflüstern: «Auch ich bin ein Kölner!»

Nachdem auch die Behörden in Österreich offenbar nicht mehr in der Lage sind, für Recht und Ordnung zu sorgen und die wahren Straftäter hinter Schloss und Riegel zu bringen, hätte die Touristin aus Genf eigentlich das Bundesverdienstkreuz verdient. Doch leider haben 100 Jahre Umerziehung im Sinne der «Frankfurter Schule» das Gegenteil bewirkt – einen «Bildungsauftrag» mit einer Täter-Opfer-Umkehrung.

Die «Kritische Theorie» der Frankfurter Schule besagt folgendes: Dass nämlich das System des christlichen Abendlands das Übel aller Übel darstelle und zu eliminieren sei: Grapscher, Messerstecher oder

Taugenichtse aus Afghanistan und andern Destinationen wären daher nur die Opfer jener unerträglichen Verhältnisse. Kriminelle aus unserer bunten/grossen/einen Welt gäben nur ihr Bestes, um das «System Abendland» endlich zu Fall zu bringen. Dafür gibt es auch noch Steuergeld, und sicher keinen Knast.

Umso mehr muss sich nun unsere «verhaltensauffällige» Genferin vor Gericht rechtfertigen, warum sie sich nicht doch lieber hätte begrapschen lassen sollen. Sie habe «im Reflex gehandelt», war – Gott sei Dank – als ihre Rechtfertigung zu lesen. «Im Reflex handeln»: Darf sie denn das? Was meinen unsere aus Steuermitteln gut bezahlten Gelehrten der Sozialwissenschaften? Wir bitten um moralische und ethische Hilfe aus politisch-korrektur Hand!

Wie auch immer: Alt Bundesrat Christoph Blocher, dem das Ganze zu Ohren kam, hat sich sofort bereit erklärt, die couragierte Genferin im Fall einer Verurteilung durch die österreichische Justiz finanziell schadlos zu halten. Gut zu wissen, dass es einen Schweizer Staatsmann gibt, der felsenfest für die Anliegen der Anständigen steht.

*Paul F. Reichmann*

## Churz & Bündig

Die EU, eine friedenszementierende Organisation? Als Bundeskanzler Konrad Adenauer in den Fünfzigerjahren erstmals Griechenland besuchte, wurde er von lediglich sieben Sicherheitsbeamten begleitet. Möchte Bundeskanzlerin Angela Merkel heute Athen besuchen, müsste zu ihrem Schutz eine ganze Armee aufgeboten werden.

*us*

\*

Im ersten Jahr nach Einführung des Verhüllungsverbots verzeichnete Österreich einen Anstieg von Touristen aus arabischen Ländern von sage und schreibe zwölf Prozent. Das spricht Bände.

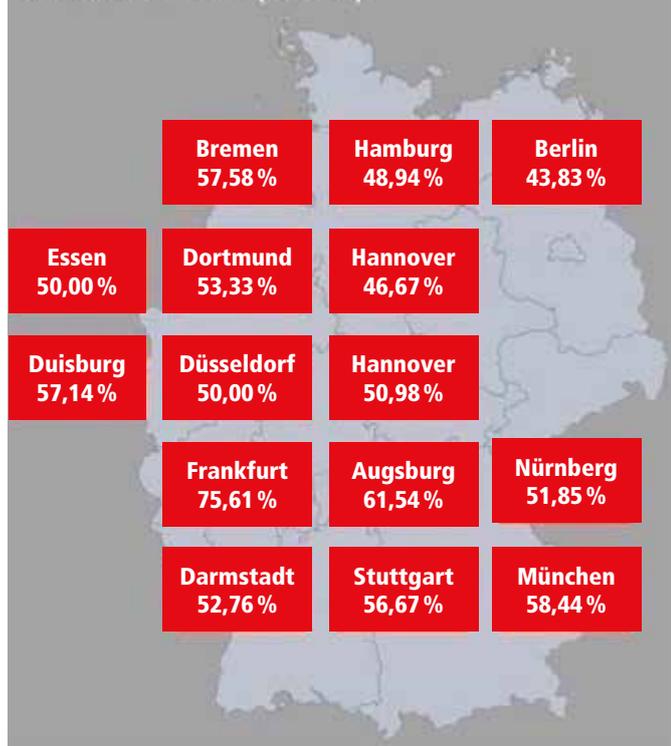
*us*

\*

Soweit ich sehe, hat bisher noch niemand verlangt, dass es in einschlägigen Texten nun auch konsequent «Mörder und Mörderinnen», «Diebe und Diebinnen», «Verbrecher und Verbrecherinnen» heissen müsse. In diesen Fällen möchten Frauen lieber nicht eigens erwähnt werden, weil sie nicht selten ganz gern die besseren Menschen sein möchten gegenüber den Männern.

*Richard Schröder, evangelischer Theologe und SP-Mitglied, in der «Welt» vom 12.12.2018*

Anteil der bis zu Sechsjährigen mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten (2017)



## Kulturlandbürokratie

Unzensuriert



Am 10. Februar 2019 stimmen wir über die «Zersiedelungsinitiative» ab. Das von SP, Grünen und Umweltverbänden unterstützte Begehren will zum Schutz des Kulturlandes die Ausscheidung neuer Bauzonen massiv begrenzen. Einzonungen sollen nur noch zulässig sein, wenn eine andere unversiegelte Fläche von mindestens gleicher Grösse

und vergleichbarem landwirtschaftlichem Ertragswert ausgezont wird.

Das Begehren ist symptomatisch für die rotgrüne Umwelt- und Raumplanungspolitik. Gesagt wird nur, was nicht geht. Bei der Schilderung der Lösungen bleibt dagegen alles vage.

Die Zersiedelungsinitiative will zunächst das Bauen ausserhalb der Bauzonen eindämmen. Gleichzeitig will sie auch die gesamthafte Ausdehnung von Bauzonen verbieten, und die denkmalpflegeschützten Objekte sollen möglichst unberührt bleiben. Damit nicht genug: Dieselben Politiker, welche Bauzonen beschränken wollen, verweigern taugliche Schranken gegen die Masseneinwanderung, obwohl just dies ein entscheidender Faktor für den zunehmenden Bedarf an Wohnraum ist.

«Siedlungsentwicklung nach innen», lautet die Wunschvorstellung – also immer mehr Leute auf demselben Raum. Doch das Potential der inneren Verdichtung hat Grenzen. In Genf leben bereits heute pro km<sup>2</sup> 12'600 Menschen, in Basel 7'500 und in Zürich gut 4'400. In München liegt die Bevölkerungsdichte bei 4'700 Personen pro km<sup>2</sup>, in Wien bei 4'500 und in Berlin bei 4'000. Die Lebensqualität nimmt mit immer mehr Leuten auf derselben Fläche ab, und die Verkehrsinfrastrukturen stossen bereits heute an ihre Grenzen. Dem ländlichen Raum dagegen bleibt ein Mauerblümchendasein als Wander- und Ferienort.

Die Annahme der Initiative wäre der vorläufige Tiefpunkt einer Raumplanung, die Ideologie vor Pragmatismus und Vernunft stellt. Bereits das bestehende Raumplanungsrecht ist ausgesprochen restriktiv: Zahlreiche ländliche Gemeinden können nicht mehr einzonen, obwohl sie gern moderat wachsen würden. Die Hürden fürs Bauen ausserhalb der Bauzonen nehmen ebenfalls laufend zu. Selbst Wohnungen und kleinere Anbauten bei bestehenden Häusern – also ohne Verbrauch zusätzlicher Landfläche – werden immer seltener bewilligt.

Der Schutz des Kulturlandes ist ein berechtigtes Anliegen. Wo aber rotgrüne Ideologen vom städtischen Schreibtisch aus Kulturlandschutz betreiben, ist Vorsicht angezeigt.

*Patrick Freudiger*

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.

Preis bis Ende 2019: mindestens Fr. 80.–

Name/Vorname:

---

Strasse/Nr.:

---

PLZ/Ort:

---

Mail-Adresse:

---

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

---

**Einsenden an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 14)

# Damals in der SVP

von Hans Fehr, alt Nationalrat SVP, Eglisau ZH



Mehr und mehr befassen sich im Lauf des Jahres 1990 Parteien und Wirtschaftsverbände mit der Frage eines allfälligen Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR. «Ja, aber nicht um jeden Preis»: So lautet beispielsweise die vorläufige Stellungnahme des Schweizerischen Gewerbeverbandes SGV an einer Pressekonferenz im Mai

1990. Der Präsident und der Direktor, Ständerat Markus Kündig (CVP) und Pierre Triponez (FDP), betonen, der Verband stehe dem EWR «offen» gegenüber und wäre «ohne weiteres fähig, die neuen Herausforderungen in den Griff zu bekommen.» Andererseits sei man nicht bereit, für den Beitritt «jeden Preis» zu zahlen. Die auf Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtete wirtschaftliche Struktur der Schweiz dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Auch halte das Gewerbe an den föderalistischen Strukturen und an den Volksrechten fest. Zur genaueren «Entscheidungsfällung» setze der SGV eine Arbeitsgruppe ein, welche die möglichen Szenarien prüfe.

Angestrebt wird vom SGV eine Art Freihandelszone, mit der die sogenannten vier Freiheiten – freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr sowie «möglichst freier Personenverkehr» – erreicht werden sollen. Keinesfalls wolle man aber einen binnenmarktähnlichen Zustand, mit dem auch institutionelle Fragen sowie Bereiche wie die Sozialpolitik vereinheitlicht würden.

*Genau darum – und um noch mehr – geht es heute bekanntlich mit dem institutionellen Rahmenvertrag, mit*

*dem uns Brüssel unter Androhung von Strafmassnahmen fremdes (EU-) Recht sowie fremde Richter aufzwingen will!*

Die EWR-Beitrittsfrage steht fortan bis zur denkwürdigen Jahrhundert-Abstimmung vom 6.12.1992 zuoberst auf unserer politischen Traktandenliste. Am 22. September 1990 führen wir zum Thema «Schweiz und Europa: Wie stellen wir uns?» eine sehr gut besuchte Programmtagung durch. Nach dem Einführungsreferat von Jakob Kellenberger, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD, beurteilen die Nationalräte Walter Frey, Rudolf Reichling und Christoph Blocher das Thema aus wirtschaftlicher, landwirtschaftlicher und staatspolitischer Sicht. Fortan wird die Tatsache, dass wir mit dem EWR einen Kolonialvertrag unterschreiben würden, der laut Adolf Ogi nur als «Trainingslager» für den EG-Beitritt brauchbar ist, durch immer mehr gewichtige Argumente zementiert.

\*

Gleichzeitig geht es aber nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 und nach dem sich abzeichnenden Zusammenbruch des Sozialismus darum, unserer Partei auch in diesem Bereich – zumal im Hinblick auf das wichtige Wahljahr 1991 – ein klares Profil zu verschaffen. Denn das «süsse Gift» des Sozialismus ist trotz dem Mauerfall nach wie vor sehr präsent: Viele staatsgläubige Politiker und Parteien bis weit in die Mitte hinein reden dem Staatsinterventionismus das Wort. Sie wollen immer mehr regulieren und bürokratisieren, der Staat soll den Boden verwalten und den Wohnungsbau «lenken». Mit dem Energieartikel soll auch die Energieversorgung verstaatlicht werden. Und in immer mehr Bereichen – Finanz- und Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Verkehrs- und Umweltpolitik – wollen die gleichen Kreise mit dogmatischem Eifer planwirtschaftliche Rezepte durchsetzen.

Im Juli 1990 präsentiert deshalb die Zürcher SVP an einer Pressekonferenz mit dem Titel «Für weniger Sozialismus – für eine konkurrenzfähige Schweiz» ihre freiheitlichen Rezepte, die wir gemeinsam erarbeitet haben. Die Kernaussage: Das sozialistische System hat in allen Bereichen – in der Wirtschaft, in der Kultur, aber auch im sozialen Bereich – versagt, weil der Sozialismus alles von oben gelenkt haben will und am Wesen des Menschen vorbei geht.

«Während im Osten Europas die Freiheit aufgeht wie die Sonne, wird sie bei uns immer mehr aufs Spiel gesetzt!» warnt Walter Frey. Er fordert eine Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung für bestehende und neue Gesetze. Rudolf Ackeret, Präsident der Programmkommission,



Geniessen Sie unsere ausgezeichneten

**MEILENSTEIN** – Weine

aus unserem Rebberg in Berg am Irchel im Zürcher Weinland,  
gekeltert in der Kartause Ittingen.

**RIESLING-SYLVANER (2017)**

**PINOT NOIR Selection (2017)**

**PINOT NOIR Prestige Barrique (2015)**

Exklusiv für «Schweizerzeit»-Leser(innen): Pro Doppelpack Fr. 25.–

Bestellen bei Hans Fehr, Eglisau, 079 341 54 57 / hans-fehr@hans-fehr.ch  
oder Thomas Düsel, Küsnacht, 076 567 19 00 / thomas.duesel@gmx.ch

## Lachen verboten!



Vier Golfspieler nähern sich dem 15. Loch. Der erste schlägt den Ball mit einem Hook links über den Zaun. Der Ball fliegt auf die Strasse, springt dort auf und trifft einen Linienbus, klatscht von diesem ab und springt direkt auf das Grün. Alle staunen. Da fragt einer den Golfer: «Sag einmal, wie machst Du das?» Dieser meint ohne zu zögern: «Ganz einfach. Man muss den Busfahrplan im Kopf haben.»

verlangt im Bereich Boden- und Wohnungspolitik eine Rückbesinnung auf eine verlässliche planerische Rahmenordnung und auf den freien Markt, sowie eine bessere Nutzung des bestehenden Baugebietes. Ueli Maurer betont, die überbordende Reglementiererei habe beim Bürger ein Gefühl von Ohnmacht erzeugt und zu einer verbreiteten Staatsverdrossenheit beigetragen. Seine Botschaft: «Wir brauchen nicht mehr Sozialismus und staatliche Macht, sondern politische Behörden, welche führen und entscheiden, statt sich hinter Vorschriften zu verstecken. Der Versorgungsstaat und die sozialistischen Rezepte führen ins Abseits!»

Blocher schliesst mit dem denkwürdigen Satz, den sich auch alle heutigen Politiker verinnerlichen müssten: «Die EG (EU) zeigt sich als zentralistisches, bürokratisches, undemokratisches Gebilde. Ein solches System ist der Schweiz zutiefst wesensfremd. Die Schweiz wird direktdemokratisch und föderalistisch sein, oder sie wird nicht sein!»

\*

Am 20. August 1990 nimmt der Otelfinger Gemeindepräsident Ernst Schibli, Gemüsebauer und ehemaliger Kavallerist, der für den scheidenden Kantonsrat Hans Frei (Vater des gleichnamigen heutigen Präsidenten des Zürcher Bauernverbandes) aus Watt-Regensdorf nachrückt, erstmals im Kantonsrat Platz. Er wird rasch zum Fraktionspräsidenten aufsteigen und diese Funktion während etlicher Jahre erfolgreich ausüben. Schliesslich wird er in der Zeitspanne 2001 bis 2015 als Nationalrat vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe, Wohneigentum sowie Asyl- und Ausländerpolitik einen grossen Einsatz leisten.

\*

Ein wichtiges Thema sind ab der Jahresmitte 1990 die bevorstehenden Zürcher Regierungs- und Kantonsratswahlen vom Frühjahr 1991. Unser hochverdienter Regierungsrat Jakob Stucki, ein Mann mit staatsmännischem Format, gibt bekannt, dass er nach 20-jähriger Amtszeit zurücktreten wird. Als Finanzdirektor hat er die Staatsfinanzen ins Lot gebracht und den Steuerzahlern mit drei Steuergesetzrevisionen namhafte Erleichterungen verschafft. Ebenso hat sich Stucki mit dem Lastenausgleich zwischen Kanton und Gemeinden grosse Verdienste erworben.

Schon frühzeitig nominieren verschiedene Bezirksparteien ihre Kandidaten für Stuckis Nachfolge. Im Bezirk

Affoltern ist es der Gemeindepräsident, Kantonsrat und Fraktionspräsident Toni Bortoluzzi, im Bezirk Meilen der Kantonsrat und wohl einzige «studierte Beizer» Oskar Bachmann aus Stäfa, sowie Kantonsratspräsident Ueli Maurer aus Wernetshausen im Bezirk Hinwil.

Am 21. August 1990 findet die definitive Nomination der SVP-Regierungskandidaten im «Albisgüetli» statt. Über 500 Delegierte und Gäste finden sich zur spannenden «Ausmarchung» ein. Christoph Blocher betont einleitend, es müsse mit einem klaren Programm und einem soliden bürgerlichen Schulterchluss bei den Regierungswahlen alles getan werden, um einen Vormarsch der verhängnisvollen rot-grünen Politik zu verhindern. Nach der einstimmigen Wieder-Nomination von Hans Hofmann präsentieren sich die neuen Kandidaten, und man schreitet zur geheimen Wahl. Ueli Maurer obsiegt im zweiten Wahlgang mit deutlichem Mehr, und er wird in der Folge einen hervorragenden Wahlkampf führen. Aus Gründen, die ich später erläutern werde, wird er aber dennoch nicht Regierungsrat – im Herbst 1991 aber Nationalrat und im Jahre 2008 bekanntlich Bundesrat.

\*

*Ueli Maurer ist ein Politiker, der seinen Konkurrenten und Gegnern in aller Regel überlegen ist, weil er auch bei angeblich «komplexen» Themen rasch das Wesentliche (den «Puck») sieht und die Sache für alle verständlich auf den Punkt bringt. Ich habe als Parteisekretär während Jahren das Glück gehabt, mit dem damaligen Bauernsekretär Tür an Tür an der Nüscherstrasse 35 in Zürich zu arbeiten. Sehr oft trafen wir uns sehr früh am Morgen zu einem Kaffee und diskutierten über aktuelle Politik. Meist fiel dann die Bemerkung: «Sag mir das Wesentliche in einem Satz!» Und wir erreichten dabei nach dem Urteil unserer Umgebung offenbar eine beeindruckende Fähigkeit. Daher mein dringender Rat an viele Politiker: «Setzt euch über ein Thema genau ins Bild. Wenn ihr euch aber eine Meinung gebildet habt, müsst ihr das Wesentliche (die Kernbotschaft) in einem Satz formulieren können. Nur dann habt ihr das Thema wirklich verstanden – und nur dann verstehen euch auch die «normalen» Leute.»*

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

## Die «Schweizerzeit»-Agenda

### Ja zur Schweiz

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer  
Dienstag, 5. Februar 2019, 19.30 Uhr  
Hotel Kreuz, Bern

### Sifa-Wintertagung

zur Sicherheitspolitik  
Samstag, 2. März 2019, 10.30 Uhr  
Grossratsaal Aarau

# Büchertisch

## BESTSELLER



### Toni Brunner

**Beni Gafner**

Bundeshaus-Redaktor Beni Gafner stellt die einzigartige Persönlichkeit von Toni Brunner vor: Seine Schlagfertigkeit, seinen jede Diskussion prägenden Humor, seine Gelassenheit allen Anwürfen gegenüber. Er schildert den Werdegang des Ausnahme-Politikers,

seine Jugend, die gegen alle Prognosen Tatsache gewordene Wahl in den Nationalrat. Toni Brunner hat die SVP zu nie dagewesenen Wahlerfolgen geführt. Ein Buch auch über die politische Wirklichkeit in der Schweiz, das auch Hinterhaltsschüsse gegen die SVP offenlegt, welche die Schweiz in Atem gehalten haben.

*Werd und Weber, Gwatt 2018, ca. 240 S., geb., Fr. 39.–*



### Feindliche Übernahme

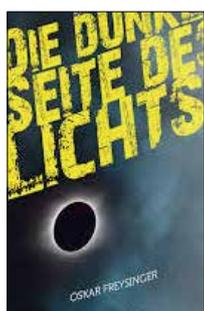
*Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht*

**Thilo Sarrazin**

Eine brisante Neuerscheinung – nicht nur für uns «das Buch des Jahres»: Thilo Sarrazin zeigt aufgrund nüchterner Darstellung von Tatsachen und sorgfältig dokumentierten Erfahrungen mit dem Islam,

dass Europa keineswegs mit einem Integrationsproblem konfrontiert ist. Wer solches behauptet, streut den Mitbürgern Sand in die Augen. Thilo Sarrazin argumentiert überzeugend: Europa droht nichts weniger als die «feindliche Übernahme».

*Finanzbuch, München 2018, 450 S., geb., Fr. 37.40*



### Die dunkle Seite des Lichts

*Survival report*

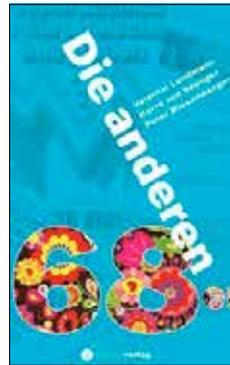
**Oskar Freysinger**

Die konsequente, ungeschminkte, meisterhaft formulierte politische Abrechnung mit jenen Kreisen im Kanton Wallis und in der Schweiz, die Oskar

Freysingers glänzende politische Karriere jäh zu einem Ende gebracht haben. Freysinger zeigt: Es war kein Kampf mit offenem Visier, kein Wettbewerb um bessere Argumente. Mit Listen und Kniffen, mit allen irgendwie denkbaren Mitteln wurde gekämpft. Keine Spur von fairem Wettkampf! Niedertracht dominierte das Geschehen.

*Brinkhaus, Horw 2018, 370 S., brosch., Fr. 26.90*

## SCHWEIZ



### Die anderen 68er

**Valentin Landmann**

**Harro von Senger**

**Peter Wiesendanger**

Fünzig Jahre nach den Unruhen von 1968 in Zürich blicken drei, die seinerzeit als Studenten Widerstand geleistet haben gegen die Linksrevolutionäre und Linkskrawallanten, zurück auf die Wechselfälle und Gewalteruptionen von damals. Auch

auf das, was von linken Zeitgenossen in den Medien als «revolutionärer Aufbruch» beweihräuchert worden ist. Und auf das, was die gleichen Medien aus ihrer «Berichterstattung» gezielt ausgeblendet haben. Eine hochinteressante Dokumentation.

*Münster, Basel 2018, 261 S., geb., ill., Fr. 25.–*

## AKTUELL



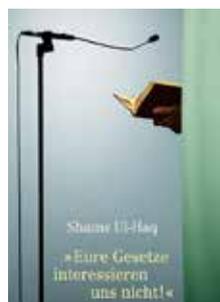
### Finanz-Tsunami

*Wie das globale Finanzsystem uns alle bedroht*

**Ernst Wolff**

Der Autor dieses Buches ist Verfasser des Schwerpunkt-Artikels über das mehr als nur gefährdete globale Finanzsystem in der heutigen «Schweizerzeit». Packend stellt er dar, mit was für Machenschaften die Akteure der Finanzwirtschaft sich zur übermächtigen Elite mit weltweitem Einflussfeld aufzuschwingen versuchen. Die Gier dieser selbsternannten Finanzelite bedroht unsere Lebensgrundlagen und unsere Zukunft. Ein Beklemmung auslösendes Buch eines Autors, der die wichtigen Zusammenhänge durchschaut.

*EEW, 2017, 192 S., brosch., Fr. 26.50*



### «Eure Gesetze interessieren uns nicht!»

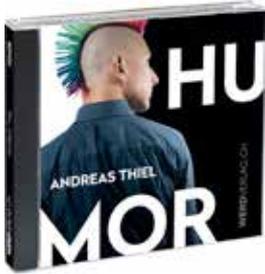
*Undercover in europäischen Moscheen – wie Muslime radikalisiert werden*

**Shams Ul-Haq**

Der Autor ist Terrorismus-Experte. Er arbeitete auch schon als Undercover-Journalist. Der aus Pakistan gebürtige Kenner des Islam und der Terroristenszene berichtet über Radikalisierungsversuche in Flüchtlingsheimen, besonders aber in Moscheen. Als Muslim kann er die dortigen Vorgänge aufgrund seiner sprachlichen Kompetenz wohl besser beurteilen als alle Beobachter von aussen.

*Orell Füssli, Zürich 2018, 224 S., brosch., Fr. 24.90*

## HÖRBUCH



## Politische Satire

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

## Humor

**Andreas Thiel**

Politsatiriker Andreas Thiel, von den Medien seiner klaren Positionsbezüge wegen systematisch gemieden und ausgegrenzt, erklärt einerseits trefflich die Unterschiede zwischen Humor und Satire. Seine satirische Gegenwartskunde ist einerseits atemberaubend präzise – andererseits lösen Thiels Pointen regelmässig Lachsalven aus, genährt von überraschenden, zugespitzten, vom Sachverhalt her auch Beklemmung auslösenden Zusammenhängen.

Aus unserer Sicht vermittelt diese CD ein Meisterwerk an politischer Satire, beste Unterhaltung bietend – Unterhaltung, welche der offizielle, linksdominierte Kulturbetrieb in der Schweiz allerdings konsequent ausgrenzt.

*Werd und Weber, Thun 2018, 1 CD, 66 Min., Fr. 29.–*

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksamste Medizin gegen Stau-Ärger.

## BUCHZEICHEN



## Die Schweiz im Kalten Krieg

*Widerstandsvorbereitungen für den Besatzungsfall*

**Titus J. Meier**

Dieses Buch präsentiert ausführlich die wissenschaftlich erhärteten Fakten zur damaligen Polemik um die sog. «Geheimarmee» unter dem Kennzeichen P-26. Von den seinerzeit sensationell aufgebauchten Anklagen, gegen eine ganze Reihe verdienter Schweizerinnen und Schweizer bleibt darin wenig übrig. Aber das Buch bietet eine umfassende, von hoher Kompetenz zeugende Darstellung, wie sich die Schweiz damals auf den äussersten Notfall – Besetzung durch eine fremde Macht – vorbereitet hat.

Heutige, denen Sicherheitsdenken abhanden gekommen zu sein scheint, polemisieren zwar weiter gegen die damaligen Anstrengungen. Andere wissen: Nur wer vorbereitet ist, kann im Ernstfall überleben. Eine höchst interessante Dokumentation.

us

*Titus J. Meier: «Die Schweiz im Kalten Krieg – Widerstandsvorbereitungen für den Besatzungsfall». NZZ Libro, Zürich 2018, 592 S., geb., ill., Fr. 54.–*

## Bestellschein

## Schweizerzeit

## Bestseller

- Beni Gafner – Toni Brunner **à Fr. 39.–**
- Thilo Sarrazin – Feindliche Übernahme **à Fr. 37.40**
- Oskar Freysinger  
Die dunkle Seite des Lichts **à Fr. 26.90**

## Schweiz

- Valentin Landmann, Harro von Senger,  
Peter Wiesendanger – Die anderen 68er **à Fr. 25.–**

## Aktuell

- Ernst Wolff – Finanz-Tsunami **à Fr. 26.50**
- Shams Ul-Haq – «Eure Gesetze ...» **à Fr. 24.90**

## Hörbuch

- Andreas Thiel – Humor **à Fr. 29.–**

## Buchzeichen

- Titus J. Meier – Die Schweiz im Kalten Krieg **à Fr. 54.–**

## Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, [buechertisch@schweizerzeit.ch](mailto:buechertisch@schweizerzeit.ch)

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(01/11.01.2019)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel.-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



# DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

**Sendungen – jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»**

Fr, 11. Januar 2019

Magazin

**Ein Bürger wird hereingelegt:**

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Stephan Amacker

(Einsprache gegen die Abstimmung über die Selbstbestimmungs-Initiative)

Fr, 18. Januar 2019

«Stammtisch»

**Der Staat, die Öffentlichkeit und die Kinder**

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Eltern kinderreicher Familien

**Öffentliche Aufzeichnungen/Livesendungen** (im «Haus der Freiheit», Wintersberg/Ebnat-Kappel)

Die nächsten Aufzeichnungen finden ab Mitte Februar statt.



Die nächste «Schweizerzeit»  
erscheint am

**25. Januar 2019**

## Schweizerzeit

### Impressum

**Herausgeber:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

EU-Länder: Volksbank Hochrhein eG,  
79798 Jestetten, Konto 13250 00, BLZ 684 922 00

IBAN: DE34 6849 2200 0001 3250 00

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Karl Eckstein, Christian Eiholzer,  
Thomas Fuchs, Patrick Freudiger, Arthur Häny,  
Hans Kaufmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,  
Thorsten Polleit, Henrique Schneider, Luzi Stamm

**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Auflage gem. WEMF:** 12'955 (1. Sept. 2018)

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelwiesstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Spaltung der Gesellschaft

Er gehört mittlerweile zum Standardrepertoire aller möglicher Politologen, Journalisten und Welterklärer – der Kampf begriff der «Spaltung der Gesellschaft». Sie bringen ihn immer dann gerne ins Spiel, wenn das gemeine Volk den Losungen des Establishments nicht mehr folgt und gegen vermeintlich «alternativlose» Deutungshoheiten rebelliert.

Die französischen Gelbwesten errichten Strassensperren und stürmen Regierungsgebäude? Der Ausdruck einer gespaltenen Gesellschaft. In Deutschland gehen Tausende gegen die Merkelsche Willkommenskultur auf die Strasse? Das Volk lässt sich von irrationalen Argumenten blenden und von unerträglichen Rechtspopulisten spalten: So oder so ähnlich lauten jeweils die verzweifelten Kommentare, wenn Teile der Bevölkerung bisher nicht da gewesene Haltungen einnehmen.

Bei uns in der Schweiz wird gern der SVP vorgeworfen, sie spalte mit ihrer Politik die Gesellschaft. Wie jüngst etwa mit ihrer Selbstbestimmungsinitiative, als sie einmal mehr alleine gegen alle anderen grossen Parteien, Wirtschaftsverbände und Medien in den Abstimmungskampf ziehen musste. Weil die Initiative einerseits so starke Gegenwehr verursachte und andererseits überzeugte Fans hatte,

sei das Resultat eine gesplante Schweiz. Übrigens wie schon bei der Ausschaffungs-, Durchsetzungs- und Masseneinwanderungsinitiative.

Was die weinerlichen Mahner ausblenden: Wer neue Ideen aufs Parkett bringt, wird immer Unterstützer oder entschiedene Gegner produzieren. Entsprechend ist die Stimmbevölkerung in einer direkten Demokratie bei jedem Sachgeschäft gespalten: in Gewinner und Verlierer. Demokratisch ist, die Mehrheitsentscheide zu akzeptieren – auch oder gerade wenn ihnen hitzige Kämpfe um die besten Argumente vorausgegangen sind.

Sollen bestimmte Ansichten stattdessen nicht mehr in den politischen Diskurs einfließen? Sie könnten ja zur Spaltung führen ... Und: Wäre denn eine gleichgeschaltete Gesellschaft besser? Da sind wir auch schon bei der Kernfrage angelangt: Wer hat denn diese ach so beklagenswerten Spaltungen wirklich ausgelöst? Die Oppositionellen und Dissidenten oder nicht viel eher ignorante Eliten, die unliebsame Stimmen ignorieren, ausgrenzen oder abstempeln?

Anian Liebrand

Schluss  
Punkt